Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 25 | **Juni 1979** | **0,80 DM/Laden 1,00 DM**

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Nieder mit dem NATO-Parlament!

Im folgenden veröffentlichen wir die Erklärung der internationalen Spartacist Tendenz zu den Europawahlen

Seit ihrer Gründung vor mehr als zwanzig Jahren ist die Europäische Gemeinschaft (EG, früher Europäische Wirtschaftsgemeinschaft/EWG) bzw. der Gemeinsame Markt eine imperialistische Allianz, die sich letztendlich gegen den bürokratisch degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat richtet, das industrielle und militärische Machtzentrum desjenigen Drittels der Welt, in dem der Kapitalismus gestürzt worden ist. Durch die ersten Direktwahlen zum Straßburger europäischen Parlament“ im Juni dieses Jahres wird die Arbeiterklasse Westeuropas mit der Frage der EG konfrontiert.

Es überrascht niemanden, daß die parlamentarischen Kretins der britischen Labourpartei und der französischen KP zu den Wahlen kandidieren, obwohl sie formal in Opposition zum institutionalisierten kapitalistischen Gemeinsamen Markt stehen. Aber man sollte meinen, daß eine Tendenz, die feststellt, daß „die Arbeiterinnen und Arbeiter nichts zu erhoffen und nichts zu verteidigen“ haben „in diesem Gemeinsamen Markt des Kapitals oder von seinem Parlament“, daß eine solche, sich selbst „revolutionär-marxistisch“ nennende internationale Tendenz *nicht* an diesem euro-imperialistischen Spiel teilnehmen würde. Indessen stellt das pseudo-trotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) von Ernest Mandel für das ökonomische Anhängsel der NATO nicht nur Kandidaten auf, man macht daraus auch noch die große Kampagne der Saison.

Die EWG wurde ursprünglich Mitte der fünfziger Jahre als Teil der amerikanisch gelenkten Reorganisation Westeuropas gegen den Sowjetblock gegründet. Washingtoner Politiker waren besorgt darüber, die französische Opposition gegen eine westdeutsche Dominanz Europas könnte zu einer Wiederbelebung der traditionellen Allianz Paris-Moskau führen, in der Art des Stalin-Laval-Paktes 1935. Der Gemeinsame Markt war und bleibt im wesentlichen ein ökonomischer Kompromiß zwischen der französischen und der deutschen herrschenden Klasse im Kontext ihrer politisch/militärischen Allianz gegen die UdSSR.

Ernest Mandels Behauptung, der Gemeinsame Markt sei der Embryo der kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa, „une étappe intermédiaire entre une simple confédération lâche d'Etats et un Etat supranational“ *{Rouge,* 27. April 1979), ist utopisch-reformistisch. Vielmehr ist die EG das Mittel, mit dem der westdeutsche Imperialismus die Einheit der \„freien Welt“ finanzieren hilft. Mit Direktwahlen zu dieser gänzlich impotenten Körperschaft soll versucht werden, einer *Allianz imperialistischer Nationalstaaten* eine pseudodemokratische Fassade zu geben.

Reformistische Einwände gegen den Gemeinsamen Markt

Das von Westdeutschland innerhalb der EG aufgedrängte freie Marktregime schränkt einige von den Reformisten bevorzugte Maßnahmen ein, wie zum Beispiel das Subventionieren nationalisierten: Industrien. Deshalb gab es eine national-reformistische Opposition zum Gemeinsamen Markt, besonders stark in Britannien, das auch durch den Landwirtschaftsprotektionismus der EG hart getroffen wird. Unsere prinzipielle Opposition zur EG hat mit dem Sozialchauvinismus linker Labourmitglieder in England oder französischer Stalinisten nichts gemein. Wir sind nicht hauptsächlich deswegen gegen die EG, weil die Brüsseler Bürokratie auf dem Papier Beschlüsse der nationalen Parlamente außer Kraft setzen kann, und wir sind auch nicht übermäßig besorgt darüber, daß Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes diese oder jene Form staatlicher Intervention in die Wirtschaft einschränken. Unsere unversöhnliche Gegnerschaft zur EG

Wann und warum eine revolutionäre Konstituante?

Extrablatt zum KB-Kongreß

Freiheit für Zheng Chaolin!

Die Pekinger Bürokratie rehabilitiert seit langem diverse „Opfer der faschistischen Kulturrevolution“. Aber die chinesischen Trotzkisten, 1952/53 von Mao Tse-tung verhaftet, weil sie sich weigerten, den Kampf für eine bolschewistische Partei aufzugeben, wurden teils erschossen oder stecken immer noch in den stalinistischen Kerkern. Unter ihnen befindet sich auch Zheng Chaolin, der Führer der Revolution von 1927 im Gebiet von Wuhan. Amnesty International hat ihn im Mai zu einem ihrer „Gefangenen des Monats“ erklärt. Unsere Tendenz hat die verbrecherische Liquidationspolitik der chinesischen Stalinisten unter anderem bereits im Frühjahr 1975 angeprangert und die Freilassung aller chinesischen Trotzkisten gefordert (siehe „Revolutionäre in Chinas Gefängnissen“, in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 8, April 1975).

Zheng Chaolin war auch Gründungsmitglied der chinesischen kommunistischen Partei und der chinesisch trotzkistischen Bewegung. Nach Ende des japanisch-chinesischen Krieges führte er seine revolutionä Arbeit in Schanghai fort. Sieben Jahre seines Lebens verbrachte er in den Gefängnissen der Kuomintan und, falls er noch leben sollte, 26 Jahre in Maos Gefängnissen. Er wäre heute 79 Jahre alt.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands fordert die sofortige Freilassung Zheng Chaolins und aller anderen gefangenen chinesischen Trotzkisten!

beruht vor allem darauf, daß sie zum Zusammenhalt der westlichen imperialistischen Allianz gegen die Sowjetunion den ökonomischen Kleister liefert.

In Anerkennung der Tatsache, daß der arrogante kapitalistische Gemeinsame Markt unter klassenbewußten Arbeitern in Frankreich und Britannien nicht populär ist, zeigt sich die deutsche Sozialdemokratie in diesen Wahlen mit einem linken Gesicht. Willy Brandt führt die SPD-Liste an, und sie haben ihre Gewerkschaftsbürokraten und einige ehemalige Neue Linke aufgestellt, Leute, die sie auf keinen Fall für den Bundestag kandidieren lassen würden. Außerdem versucht die SPD, mit einer Kampagne für eine europaweite 35-Stundenwoche die EG als potentielle Agentur des Reformismus darzustellen. Im Bundestag reden die deutschen Sozialdemokraten nicht von einer kürzeren Wochenarbeitszeit, noch viel weniger kämpfen sie im Streikkampf dafür, nur im Straßburger Parlament, das absolut keine Macht hat, irgendetwas zu bewirken, schwätzen sie darüber. Der Zufall will es, daß das VS ebenfalls die 35-Stundenwoche zu einer seiner Hauptforderungen in den Europawahlen macht. Vielleicht werden die Mandelianer behaupten, die Partei Helmut Schmidts hänge sich an sie an!

Gegen stalinistischen Nationalismus und antti-deutschen Chauvinismus

Anläßlich der Europawahlen gehen sich die Eurokommunisten gegenseitig an die Gurgel. Die französische KP ist zum Beispiel gegen Spaniens Eintritt in die EG, weil das die Konkurrenz für französische Bauern verschärfen wird. Carillos spanische KP wiederum, die den Nationalchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisie unterstützt und deshalb für den Eintritt ist, wirft der Partei von Marchais vor, sie betreibe „Lokalpatriotismus“ und „billige Wahlpropaganda“.

Noch unheilvoller ist es, daß die französischen Stalinisten zusammen mit den Gaullisten versuchen, die Wahlen zum Europaparlament zum Brennpunkt für anti-deutschen Chauvinismus zu machen. Um die französische Industrie international konkurrenzfähiger zu machen, besonders Westdeutschland gegenüber, baut das Giscard-Regime das traditionelle System *etatistischer* Wirtschaftskontrollen ab. Diese „Rationalisierung“ erzeugt Massenarbeitslosigkeit, besonders in der Stahlindustrie. Die Stalinisten und Gaullisten wollen die allgemeine Feindseligkeit gegen Giscards Heilmittel eines „freien Marktes“ kanalisieren, indem sie Hysterie gegen eine Bedrohung durch die *„Boches“* aufpeitschen. Mit widerlichen Parolen posaunt die französische KP: „Nein zu einem deutschen Europa“ und „Paris wird kein Vorort von Bonn werden“.

Der alte deutsche Sozialdemokrat August Bebel nannte den Antisemitismus „den Sozialismus der dummen Kerls“. Heute ist in Frankreich der Anti-Bochismus zum Sozialismus der Dummköpfe und Opportunisten geworden. In der Realität ist die industrielle Stärke Deutschlands eine der wichtigsten Grundlagen für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Ein wiedervereinigter deutscher Arbeiterstaat wird eine äußerst machtvolle Kraft für die sozialistische Umgestaltung Europas sein, um die Armut und Rückständigkeit in der Bretagne, dem Mezzogiorno, Irland, Griechenland usw. zu überwinden.

Wie das VS eine imperialistische Allianz legitimiert

Nationale parlamentarische Körperschaften stellen eine historische Errungenschaft der bürgerlich demokratischen Revolutionen dar und sind nach wie vor progressiver als andere Formen bürgerlicher Herrschaft - faschistischer oder militärischer Bonapartismus. Aber das Europaparlament hat keinen wie auch immer gearteten progressiven Inhalt, es dient einzig und allein dazu, die wirkliche Natur der EG als einer imperialistischen Allianz zu verschleiern. Die Kandidatur des VS zu den Europawahlen ist parlamentarischer Kretinismus im Dienste einer Werbekampagne. Was wäre, wenn der Nordatlantikrat der NATO sich durch direkte Wahlen konstituieren oder das kolonialistische britische Commonwealth eine pseudo-parlamentarische Körperschaft aufstellen würde: würde das VS versuchen, in diesen imperialistischen Allianzen einen Sitz zu bekommen? Wir können nur vermuten, daß dies der Fall wäre.

Der Hauptslogan des VS zu den Wahlen ist: „Für die

Fortgesetzt auf Seite 4

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.



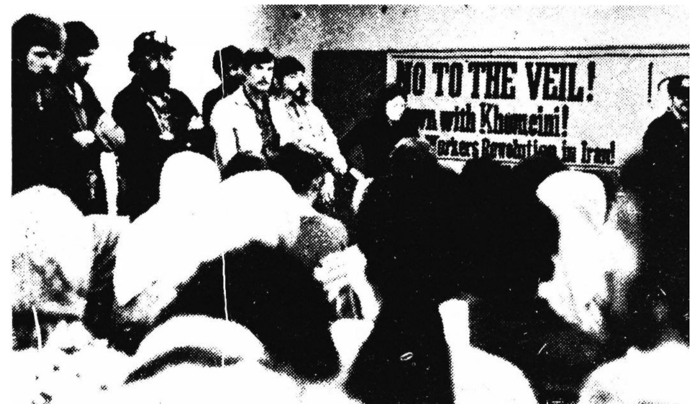
USA- Tour:

Arbeiterdemokratie gegen Mullah-Schläger verteidigt

Fatima Khalil sagt die Wahrheit über Iran

„In der islamischen Gesellschaft gelten Frauen nicht als menschliche Wesen. Ich erinnere mich daran, als ich ein junges Mädchen war und zur Schule ging, um den Koran zu studieren. Wenn ich meinen Kopf nicht bedecken würde, wurde mir gesagt, würde ich in der Hölle landen und jede Strähne meines Haares würde sich in eine Schlange verwandeln... Es ist kein Zufall, daß Chomeini sofort die Abtreibung verbot und den *Tschador* verordnete, als er die Macht ergriff. Er versucht, die Massen durch den ‚Geist des Islam' zu kontrollieren."

Während einer dreiwöchigen USA-Rundreise sprach Fatima Khalil, eine Kommunistin aus dem Nahen Osten, im April und Mai auf einer von der Spartacist League/Spartacus Youth League organisierten Iran-Veranstaltungsreihe „Nein zum Schleier! Für eine Arbeiterrevolution zur Zerschlagung der islamischen Reaktion!" (eine ausführliche Berichterstattung findet sich in *Workers Vanguard* Nr. 230und231und in *Young Spartacus* Nr. 73). In zehn nordamerikanischen Städten denunzierte sie vor insgesamt über tausend Zuhörern die Mullah-Diktatur als um keinen Deut besser als die Pahlewi-Dynastie. Berichte und Interviews in Presse, Rundfunk und Fernsehen verliehen ihrer Tour zusätzliche Publizität. Fatima Khalil, die selber in ihrer Heimat gegen klerikale Reaktion und Faschisten gekämpft hat, warnte vor der unmittelbaren Bedrohung der iranischen Linken und Arbeiterbewegung durch Chomeinis blutiges „Schwert des Islam". Die islamische Theokratie bereitet ein Massaker vor allem an den Anhängern der Fedayeen und der Tudeh-Partei vor, das möglicherweise sogar das Ausmaß des „Heiligen Krieges" gegen die Kommunisten in Indonesien 1965 annehmen könnte. Sie betonte, daß die internationale Spartacist Tendenz als einzige Organisation der Linken bereits lange *vor*



Workers Vanguard Fotos



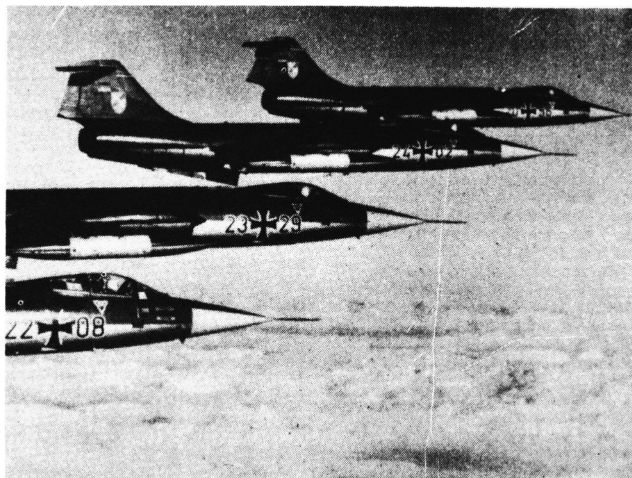
San Francisco, 2. Mai (oben) und New York City, 5. Mai: Gewerkschafter verteidigen Kahlil-Veranstaltungen

Europa-Wahlen . . .

Fortsetzung von Seite 2

Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“ Diese Parole während der Kandidatur zum Straßburger Parlament aufzustellen, impliziert, daß der Gemeinsame Markt in irgendeiner Weise historisch progressiv ist, das heißt eine objektive Basis für die sozialistische Vereinigung Europas bietet. Aber der Gemeinsame Markt ist kein progressiverer Schritt in Richtung der sozialistischen Vereinigung Europas als die Besetzung des größten Teils von Europa durch Nazi-Deutschland in den Jahren 1939–44. Die Wahlplattform des VS sagt nirgendwo explizit, daß die EG *nicht* in ein sozialistisches Europa umgewandelt werden *kann,* sondern zerstört werden muß.

Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa erfordern die Zerschlagung der EG, die sich als kapitalistische Allianz nicht nur gegen die proletarische Revolution in Westeuropa, sondern ebenso gegen die bürokratisch deformierte Ausübung proletarischer Staatsmacht in Osteuropa richtet. Die VS-Plattform erwähnt mit einem Satz „die Verteidigung der nationalisierten Eigentumsverhältnisse gegen den Imperialismus“, aber sie verbindet die Opposition zur EG *nicht* mit der militärischen Verteidigung des Sowjetblocks.



Die NATO-EG: eine antisowjetische Allianz

Die Bereitwilligkeit, mit der die Ligue Communiste Révolutionaire (LCR) jeglichen Hinweis auf die Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus, ihre Forderung nach dem Austritt aus der NATO und ihre Opposition zur Erweiterung der EG fallengelassen hat, um eine gemeinsame Liste mit den Ökonomisten von Lutte Ouvrière (LO) zu bilden, zeugt von der Unernsthaftigkeit der „orthodoxen“ Bestandteile in der VS-Plattform. Die LCR akzeptierte auch die Forderung von LO, daß die gemeinsame Liste keinen Bezug auf die „Vierte Internationale“ enthält. Wie LO konzentriert sich die Opposition der Mandelianer nur auf die internen kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien des Gemeinsamen Marktes, eine ähnliche Opposition wie die vieler linker Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische „Drittel-Lager“ Theorie des OK

Die Wahlplattform des Vereinigten Sekretariats zu den Europawahlen enthält einen Satz über die Verteidigung der Sowjetunion; sein Hauptrivale, das hauptsächlich in Frankreich vertretene Organisationskomitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale (OK), geführt von Pierre Lambert, verfügt noch nicht einmal über dieses Feigenblatt trotzkistischer Orthodoxie. Obwohl das lambertistische Organisationskomitee die Europawahlen boykottiert, nimmt es durch seine Motivation dafür einen Standpunkt *rechts* von den Mandelianern ein.

Das OK ist hauptsächlich deswegen gegen den Gemeinsamen Markt, weil er die „Teilung Europas“ nach 1945 (besonders die Deutschlands) aufrechterhält – das heißt, weil er den Sowjetblock nicht einbezieht. Tatsächlich aber möchten die imperialistischen Bourgeoisien der EG die Kalte-Kriegs-Teilung Europas sehr gern überwinden, nämlich durch

---

Fatima Khalil . . .

dem Sturz des Schah den reaktionären Charakter der von Chomeini geführten Massenbewegung entlarvt hat.

Am 4. Mai hob Genossin Khalil in einer Diskussion mit der amerikanischen Feministin Kate Millet, die nach ihrer Beteiligung an der Teheraner Anti-Schleier- Demonstration am internationalen Frauentag ausgewiesen wurde, hervor, daß die Befreiung der Frau nur das Werk der proletarischen Revolution sein kann.

Mit anonymen telefonischen Todesdrohungen, „CIA-SA VAK“-Verleumdungen und Herbeirufen von Polizei reagierten wutentbrannte Chomeini-Anhänger auf Khalils Veranstaltungsreihe. Sie scheuten nicht vor Versuchen zurück, gleich dutzendweise die Spartacist-Veranstaltungen mit Brachialgewalt zu sprengen. Aber über hundert Arbeiter und Arbeiterinnen aus 25 Gewerkschaften vereitelten die Provokationen und sicherten die ungehinderte Durchführung der Diskussion auf allen Veranstaltungen.

Auf ihrer Abschlußveranstaltung in New York City am 5. Mai betonte Fatima Khalil die Notwendigkeit einer Einheitsfront zur Verteidigung aller iranischen linken und säkularen Kräfte, die von Chomeinis islamischem Mob bedroht und angegriffen werden.

„Heute geht der Kampf“, sagte sie, „um die Zerschlagung der islamischen Regierung und darum, uns auf die Arbeiterklasse zu stützen... Darum ist es die Aufgabe der Revolutionäre, eine revolutionäre Partei zu schaffen... Der Slogan der Arbeiter- und Bauernregierung ist die Hauptparole in Iran. Es ist notwendig, die Massen von den Ajatollahs zu brechen, Forderungen zu erheben, die im Gegensatz zu den Interessen der Mullahs stehen, die den Massen den Weg vorwärts weisen. Forderungen wie: Enteignung des Landes, einschließlich des Landes der Mullahs. Für eine Konstituierende Versammlung und Selbstbestimmung! Für volle demokratische Rechte!“

Die internationale Spartacist Tendenz wird ihr revolutionäres Programm und ihre einzigartige Analyse der Mullah-Diktatur dazu nutzen, iranische Linke für das Banner des Trotzkismus zu gewinnen, die nach der bitteren Erfahrung mit Chomeini den Weg vorwärts suchen.

Zehn Ausgaben von *Workers Vanguard* mit Iran-Artikeln und ausführlichen Berichten über Fatima Khalils USA-Tour können zum Sonderpreis von 5,-- DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

den Sturz der proletarischen Staatsmacht und Beseitigung des vergesellschafteten Eigentums an Produktionsmitteln im sowjetischen Block. Das OK stellt die westeuropäischen herrschenden Klassen *auf eine Stufe* mit der sowjetischen stalinistischen Bürokratie als *gemeinsame* Verletzer nationaler Selbstbestimmung der Völker Europas. Es stellt NATO und Warschauer Pakt explizit *auf eine Stufe* als Feinde der europäischen Arbeiterklasse. Solch eine Gleichstellung ist eine offensichtliche Aufgabe des trotzkistischen Prinzips der Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus.

Lambert & Co. erklären sich mit folgenden Parolen gegen die Teilung Deutschlands: „Einheit Deutschlands – bedingungslos![44], „Rückzug aller Besatzertruppen im Osten und Westen!"Nieder mit der Berliner Mauer!", „Freiheit der Meinung, der Kommunikation, der Reise, der Organisation – in ganz Deutschland![44]. In der konkreten Realität bedeuten diese Parolen einen *Aufruf zur sozialen Konterrevolution in Ostdeutschland*, zur Eroberung durch den westdeutschen imperialistischen Staat! Konrad Adenauer hätte in den fünfziger Jahren solche Slogans sehr gut aufstellen können, und heute werden sie von einem Flügel der regierenden Sozialdemokratie aufgestellt.

Verteidigt die Oktobererrungenschaften! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Der Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges 1914 zeigte, daß die Produktivkräfte über die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und das System der Nationalstaaten hinausgewachsen waren, und daß die internationale sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft die einzige Alternative zu einer barbarischen Vernichtungsorgie geworden war. Die bolschewistische Revolution 1917 war der erste große Schritt in Richtung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Aber das Ausbleiben sozialistischer Revolutionen in Westeuropa legte die Basis für die bürokratische Degeneration Sowjetrußlands (den Stalinismus). Die russische stalinistische Bürokratie, die im Namen des „Sozialismus in

Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Die Trotzkistische Liga Deutschlands fordert die Aufhebung der Verjährung von Verbrechen des Naziregimes, ohne der bürgerlichen Klassenjustiz das geringste Vertrauen zu schenken. Die Freilassung von faschistischen Folterknechten im Majdanek-Prozeß auf der einen Seite und das Terrorurteil (lebenslänglich) gegen Christine Kuby sowie der Todesschuß gegen Elisabeth von Dyck sprechen Bände über den Charakter kapitalistischer Justiz und Polizei. Die Rechnung mit der Bourgeoisie *als Klasse* mit all ihren Auschwitz', Hiroshimas und My Lais wird die siegreiche Diktatur des Proletariats begleichen.

einem Lande" den Imperialismus beschwichtigen will, ist ein Feind der proletarischen Revolution im Westen. Und die Mandelianer hängen sich jetzt an die stalinistischen Reformisten an, während die Lambertisten deren sozialdemokratischen Vettern nachlaufen.

Die internationale Spartacist Tendenz (iST) kämpft darum, gegen den revisionistischen Opportunismus der Mandels und Lamberts die Vierte Internationale wiederzuschaffen. Heute hält nur die iST das trotzkistische Prinzip der bedingungslosen militärischen Verteidigung der degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus aufrecht, als Bestandteil eines Programms für die antikapitalistische soziale Revolution in Westeuropa und die proletarische politische Revolution gegen den Stalinismus in Osteuropa. Die wirkliche Einheit Europas wird nicht durch trügerische „Reformen" des Gemeinsamen Marktes der Bosse oder die Wahnvorstellung einer „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus erreicht werden, sondern nur durch die revolutionäre Aktion der Arbeiter im Osten und Westen!



KK Foto

TLD auf 1. Mai-Demonstration in Frankfurt

Wann und warum eine revolutionäre Konstituante ?

In den letzten Artikeln über Chile und Nicaragua haben wir die Forderung nach einer „revolutionären konstituierenden Versammlung“ erhoben. Diese Forderung hat eine Reihe von Fragen bei unseren Lesern hervorgerufen. Glauben wir, daß eine konstituierende Versammlung eine mögliche organisatorische Basis für die proletarische sozialistische Revolution sein kann? Wenn nicht, was verstehen wir genau unter einer revolutionären konstituierenden Versammlung?

Die parlamentarische Regierungsform, die sich auf eine atomisierte Wählerschaft stützt und den Stimmen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse gleiches Gewicht zumißt, kann nicht das repräsentative Organ der Diktatur des Proletariats sein. Das Proletariat versucht jedoch, die kleinbürgerlichen Massen um sich zu scharen, indem es sich als bester Verteidiger demokratischer Rechte und Forderungen erweist. In rückständigen Ländern unter autokratischer oder militärischer bonapartistischer Herrschaft kann daher der Kampf für eine repräsentative, demokratische Regierung – eine unabhängige, auf allgemeinem Stimmrecht basierende, konstituierende Versammlung – unter bestimmten Bedingungen der Hebel für eine Vereinigung der arbeitenden Massen unter der proletarischen Avantgarde sein.

Andererseits kann die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung, aufgestellt von anti-revolutionären Betrügern, leicht eine ganz andere Bedeutung erhalten. Eine furchtsame bürgerliche Opposition könnte auf der Suche nach einem friedlichen Übergang einen Kompromiß mit dem alten Regime aushandeln, der unter dem Namen einer konstituierenden Versammlung zu einer zeitweiligen gesetzgebenden Körperschaft führen könnte. Oder ein bedrohtes bonapartistisches Regime könnte, um Unruhen zuvorzukommen, seine eigene heuchlerische „konstituierende Versammlung“ einberufen. Selbst dort, wo das allgemeine Wahlrecht und Freiheit für alle Parteien gesichert sind, kann die Regierungsmacht die Zusammensetzung und die Rolle solch einer Versammlung sehr stark beeinflussen, wenn nicht sogar bestimmen.

Die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung im marxistischen Programm hat nichts mit diesen versöhnlerischen Maßnahmen gemeinsam, ebenso wie sich die kommunistische Parole für die Agrarrevolution in den rückständigen Ländern grundsätzlich von liberalen bürgerlichen Plänen für eine Landreform unterscheidet. Unser Ruf nach einer konstituierenden Versammlung ist eine aus einer Reihe von Forderungen, die, aufgestellt in Verbindung mit einem Programm für die proletarische Revolution, nur durch den gleichzeitigen oder vorhergehenden Stur/ der bonapartistischen Diktatur verwirklicht werden können. Eine „konstituierende Versammlung“ unter der Ägide einer Militärjunta oder eines autokratischen Caudillo ist ein Widerspruch in sich. Wenn solche Pläne geschmiedet werden, müssen Marxisten ganz klar sagen, daß sie eine *revolutionäre* konstituierende Versammlung fordern, einberufen von einer revolutionären provisorischen Regierung, die aus einem erfolgreichen Volksaufstand hervorgeht.

Im Fall Nicaraguas haben einige der konservativeren Elemente aus der Opposition gegen das Somoza-Regime, erschrocken über die Aussicht und dann die Realität einer populären Massenrevolte, versucht, einen Handel zu arrangieren. Dem herrschenden Clan sollte die politische Macht entzogen werden, aber seine Besitztümer und die private Armee (die Nationalgarde) sollten nicht angerührt werden. Einige Zeit später würden „freie Wahlen“ für eine neue Legislative abgehalten werden, um den gegenwärtigen Marionetten-Kongreß zu ersetzen. Angesichts dieser Pläne, sich des verhaßten Diktators durch Verhandlungen an der Spitze zu entledigen, erhoben wir die Forderung nach einer revolutionären konstituierenden Versammlung, um die bäuerliche und städtische Kleinbourgeoisie unter der Führung einer proletarischen Avantgarde im Kampf für den Sturz des Somoza-Regimes zu mobilisieren. Gleichzeitig forderten wir eine Arbeiter- und Bauernregierung, gestützt auf Sowjets (siehe „Nicaragua in Flames“, *Workers Vanguard* Nr. 215,22. September 1978 und „Mass Graves in Nicaragua“, *Workers Vanguard* Nr. 216, 6. Oktober 1978).

Sind diese Forderungen miteinander unvereinbar? Was würde geschehen, wenn eine kleinbürgerliche Wählerschaft durch rechte Kräfte mobilisiert würde und das Ergebnis eine anti-revolutionäre Mehrheit in einer konstituierenden Versammlung wäre, die den Organen der Arbeitermacht entgegensteht? Würden sich dann Revolutionäre einfach vor dem „demokratischen Willen der Mehrheit“ beugen und ihre Räte auflösen? In der deutschen Revolution 1918/19, in der sich das Proletariat unter der Führung der SPD und USPD befand, geschah etwas sehr ähnliches. Nach dem Sturz Kaiser Wilhelms am 9. November wurde im ersten Schwung der Proklamierung einer „sozialistischen Republik“ im Dezember 1918 ein nationaler Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte durchgeführt. Aber die Arbeiterräte stimmten (unter reformistischer Führung) für die Auflösung zugunsten der National-Versammlung, die einen Monat später mit einer bürgerlichen Mehrheit gewählt wurde. Und die „Demokratie“, die dieses Organ kapitalistischer Herrschaft verkörperte, war alles andere als liberal: sie wurde auf den Leibern von Tausenden von Arbeitern errichtet, die Januar im „Spartakus-Aufstand“ ermordet wurden, unter ihnen die revolutionären Führer Luxemburg und Liebknecht.

Aber dies war nicht das Programm der Bolschewiki, die

für die qualitativ größere Demokratie der Sowjetmacht kämpften, welche die Klasseninteressen der arbeitenden Menschen vertritt. Der gleiche Konflikt zwischen Institutionen bürgerlicher und proletarischer Herrschaft stellte sich sogar nach dem Oktober 1917, als die Sozialrevolutionäre, Kadetten und Menschewiki in einer konstituierenden Versammlung, die kurz nach dem Sieg der Sowjets in Moskau und Petrograd gewählt wurde, die Mehrheit gewannen. Im Frühling und Sommer 1917 hatten die Bolschewiki die ganze Zeit hindurch für Wahlen zur konstituierenden Versammlung gekämpft. Damals weigerte sich die bürgerliche provisorische Regierung, diese durchzuführen, weil sie fürchtete, sie würde zu einem unkontrollierbaren Aufstand der Bauern führen. Aber diese Phase war nun überschritten, die Arbeiter hatten die Macht in den Zentren ergriffen.

Die Bolschewiki bliesen die Wahlen nicht einfach ab, weil sie kurz nach den Landbesetzungen durch die Bauern eventuell eine pro-sowjetische Mehrheit hätten gewinnen können. Dies wiederum hätte die Autorität der revolutionären Regierung in Petrograd nur verstärken und das Blutbad eines Bürgerkriegs, initiiert von Weißen Generalen, die auf die Religiosität und die Ehrfurcht der Bauern vor dem Zaren als eine Unterstützung ihrer Sache hofften, um ein großes Maß verringern können. So forderten sie als erste Handlung der konstituierenden Versammlung die Anerkennung der siegreichen Sowjet-Macht. Erst als sich die aus Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionären bestehende Mehrheit weigerte, dies zu tun, zerstreuten Soldaten der Roten Armee diese Körperschaft.

* * * * *

Wenn auch die nicaraguanische bürgerliche Opposition (bisher?) noch keine Übereinkunft mit Washington und Somoza für einen friedlichen Übergang vom diktatorischen Marionettenregime zu einer von der OAS überwachten „Demokratie" getroffen hat, die peruanische Militärjunta hat schon ihre betrügerische „konstituierende Versammlung" einberufen.

In den ersten Jahren nach seiner Machtübernahme 1968 erfreute sich das nationalistische Regime von General Juan Velasco Alvarado wegen seiner Landreformen und einiger anfänglicher Nationalisierungen einer großen Unterstützung unter den Massen. Aber die Loyalität der Militärs gegenüber ihrer Klasse führte bald zu blutigen Auseinandersetzungen mit streikenden Arbeitern. Als sich die Generale im Verwaltungsapparat einnisteten, nahm die Korruption sofort riesige Ausmaße an, und die ungeheuren Auslandsschulden schnellten durch den Kauf der neuesten Waffen in die Höhe. Der Sturz Velascos 1975 durch einen rechtsgerichteten General, Morales Bermudez, verunzierte noch mehr das „progressive" Bild der Junta. Als die Regierung im Juli 1977 unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds versuchte, ein hartes Austeritätsprogramm durchzusetzen, war ein massiver Generalstreik die Antwort.

Morales konterte mit der Anweisung, „Streikagitatoren" erschießen zu lassen, und forderte eine „konstituierende Versammlung", um dem Militärregime den Schein einer Unterstützung durch das Volk zu geben. Die Grundlage für die Einberufung war ein gentlemen's agreement mit den großen bürgerlichen Parteien und den Moskau-Stalinisten, . daß die Generale bis zu den Wahlen 1980 oder 1981 an der Macht bleiben würden. Dabei wurde vorausgesetzt, daß ein Sieg der „gemäßigten zivilen Opposition" durch das traditionelle peruanische Wahlrecht garantiert sei, welches Analphabeten ausschließt, die einen großen Teil der Bauern und der städtischen Armen ausmachen. Und nach der Wahl würde die Junta dann freie Bahn haben, um ihre Kreditwürdigkeit beim Pentagon und bei der Wall Street wiederherzustellen, indem sie nach den Plänen des Internationalen Währungsfonds einen massiven Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter startet.

Es verlief jedoch nicht alles nach Plan. Zwei von der „extremen Linken" dominierten Koalitionen gelang es, die Zulassungsschranken zur Wahl zu überwinden und Kandidatenlisten aufzustellen, an deren Spitzen bekannte Persönlichkeiten standen. Und als die Regierung dann Mitte Mai, wenige Wochen vor den anberaumten Wahlen wieder versuchte, das Austeritätsprogramm durchzusetzen, schlug das Manöver auf seine Urheber zurück, und die Massen antworteten mit der militantesten Streikaktion in der peruanischen Geschichte. Als Morales daraufhin 13 Oppositionsführer, hauptsächlich vorgebliche Trotzkisten, Maoisten und Gewerkschaftsführer, auswies, steigerte dies nur noch die Wut der Arbeiter. Als die Wahlen am 18. Juni stattfanden, gewann daher, obwohl die Rechte einen vorhersehbaren Erfolg für sich verbuchen konnte, die Linke zusammengenommen 25 Prozent der Stimmen, mehr als das Doppelte als bei irgendeiner früheren Wahl. Davon gingen 13 Prozent an die FOCEP, geführt von dem selbsternannten Trotzkisten und Bauernführer Hugo Blanco, die damit die die Junta unterstützende Moskau-orientierte KP weit hinter sich ließ.

Konfrontiert mit Morales Bermudez' Plänen für eine dekorative „konstituierende Versammlung" ohne reale Macht und allein mit der Aufgabe, eine Verfassung zu entwerfen, um diverse Reformen in Paragraphen festzuhalten (ebenso wie die Rolle der Militärs als „Hüter der Demokratie"), hätten Marxisten versucht, die Wahlen zu boykottieren, die Massen im Kampf zu mobilisieren, um die Durchführung dieses Schwindels zu *verhindern* oder ihn völlig zu diskreditieren. Wäre dies aufgrund der Stärke des Reformismus nicht möglich, hätten kleine kommunistische Propagandagruppen versucht, Kandidaten aufzustellen, um die Absichten der Junta zu denunzieren, eine *Duma* (d. h. ein Schein-Parlament, wie das vom Zaren Nikolaus als Antwort auf die russische Revolution 1905 ins Leben gerufene) zu installieren und um stattdessen eine revolutionäre konstituierende Versammlung zu fordern, errichtet auf den Trümmern der Militärdiktatur.

Blancos FOCEP enthielt ursprünglich als einen ihrer vier programmatischen Punkte die Parole „keine Unterordnung unter die von der Regierung reglementierte antidemokratische konstituierende Versammlung" *(IntercontinentalPress,* 3. Juli 1978). Nachdem er jedoch bei den Wahlen am 18. Juni so gut abgeschnitten hatte, machte der heterogene Wahl block der „extremen Linken" eine plötzliche Wendung und appellierte an die „reglementierte und antidemokratische konstituierende Versammlung", die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Am 27. Juli, auf der Eröffnungssitzung der konstituierenden Versammlung, brachten Blanco und sieben andere Abgeordnete einen Antrag ein, in dem von der Konstituante gefordert wurde, daß sie sich zu Regierungsmacht erklärt:

> „In Erwägung...., daß das unabhängige Mandat des Volkes es verlangt, daß die Versammlung das Problem der Befreiung vom imperialistischen Joch behandelt und löst und daß sie die ungelösten demokratischen und gesellschaftlichen Aufgaben ausführt..., nimmt die konstituierende Versammlung alle legislative und exekutive Macht der Nation in ihre Hände, um einen Notstandsplan zu entwickeln ..." (*Informations Ouvrières*, 9. - 23. August 1978).

Erstens steht die bürgerliche Mehrheit der Versammlung – geführt von der pseudo-populistischen, extrem antikom

munistischen, mit dem CIA verbundenen APRA von Haya de la Torre - durchaus nicht in Opposition zur Regierung. Schläger der APRA haben es sich jüngst zur Gewohnheit gemacht, linke Demonstranten und Streikende vor den Sitzungen der Versammlung zu verprügeln. Der gut informierte *Latin American Political Report* (28. August 1978) charakterisierte die Taktik der APRA folgendermaßen: „Man nährt die Hoffnung der Massen der *Apristas,* die Versammlung werde wirklich etwas für sie tun, während man es in der Praxis der Partei ermöglicht, größere Schwierigkeiten für die Regierung zu verhindern."

Was die andere große kapitalistische Partei in der Versammlung betrifft, die rechtsgerichtete Christliche Volkspartei (PPC), so macht diese für die ökonomische Krise des Landes die wachsende Verschuldung aufgrund der Nationalisierung der Industrie verantwortlich und fordert die Rückgabe an die früheren Eigentümer. Bedoya, der Führer der PPC, ist darüberhinaus ein unverhohlener Bewunderer des chilenischen Diktators Pinochet. Also steht die bürgerliche Mehrheit dieser farcenhaften „konstituierenden Versammlung" eher sogar noch rechts von der gegenwärtigen Regierung von Morales Bermudez, ganz zu schweigen von der Militärjunta unter Velasco Alvarado. Nichtsdestoweniger ist dies die Körperschaft, an die die FOCEP die Forderung richtet, die Generale zu ersetzen und „das Problem der Befreiung vom imperialistischen Joch zu lösen"!

Unsere Forderung heute nach einer revolutionären konstituierenden Versammlung in Nicaragua, Chile und Peru nimmt die Position Trotzkis in der ersten Phase der spanischen Revolution in den dreißiger Jahren als historischen Präzedenzfall. In der Hoffnung, die revolutionäre Unzufriedenheit zu beruhigen, entschloß sich die Monarchie Anfang 1931, die Cortes (das Parlament) einzuberufen. Trotzki trat für den Boykott dieser Einrichtung ein und schrieb:

> „Aber selbst bei einem Boykott der Cortes von Berenguer müssen die fortgeschrittenen Arbeiter ihnen die Losung der *revolutionären konstituierenden Cortes* gegenüberstellen. Wir müssen unnachgiebig den Betrug bei der Losung der *konstituierenden* Cortes im Munde der ‚linken' Bourgeoisie aufdecken, die in Wirklichkeit *vermittelnde* Cortes von des Königs... Gnaden haben wollen ... Eine echte gesetzgebende Versammlung kann nur von einer revolutionären Regierung einberufen werden, als Ergebnis eines siegreichen Aufstandes der Arbeiter, Soldaten und Bauern." (Hervorhebungen im Original)

* * * * *

In Chile erhoben wir Anfang 1978 die Forderung nach einer revolutionären konstituierenden Versammlung, als die Christdemokraten anfingen, die Absetzung Pinochets und seine Ersetzung durch eine reformierte Militärjunta zu erörtern. Wir hoben hervor, daß die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung kein wesentliches Element des marxistischen Programms in Ländern mit bürgerlich-demokratischer Tradition ist, sondern vielmehr ein Hebel, um die Furcht der herrschenden Klasse vor der entfesselten Gewalt der arbeitenden Massen in den Strafen auszunutzen; und daß sie keinesfalls unsere Forderung nach der proletarischen Revolution zum Sturz der Junta negierte oder einschränkte:

> „Im Gegensatz zur reformistischen Anpassung an das Programm der Bourgeoisie erheben wir als Trotzkisten die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung, die, ausgestattet mit allen Machtbefugnissen, bei allgemeinem Wahlrecht direkt und geheim gewählt wird. Eine echte konstituierende Versammlung könnte per Definition nur unter den Bedingungen voller demokratischer Freiheiten einberufen werden, die die Teilnahme aller Arbeiterparteien gestatten. Dies verlangt als eine Vorbedingung den revolutionären Sturz der Junta, etwas, was die DC (Christdemokraten) und die Reformisten, trotz ihrer langen Liste demokratischer Forderungen, zu erwähnen vergessen...
> In Ländern mit einer bürgerlich-demokratischen Tradition und einer politisch entwickelten Arbeiterklasse, wie in Chile, ist die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung kein wesentlicher Bestandteil des proletarischen Programms. So stellte die iST (internationale Spartacist Tendenz) diese Forderung nach der Machtübernahme der Junta nicht auf. Gegenwärtig erheben wir sie aus taktischen Gründen, gerichtet gegen die Bestrebungen der Bourgeoisie, unterstützt von ihren Agenten in der Arbeiterbewegung, einen Pakt mit Teilen des Militärs zu schließen. Unser Ziel ist es, die Furcht der Bourgeoisie vor revolutionärer Demokratie bloßzulegen" (Organización Trotskista Revolucionaria de Chile, „Condem Pinochet Plebiscite!" *Workers Vanguard* Nr. 190, 27. Januar 1978).

* * * * *

Eine weitere Bedeutung gewinnt die Losung für eine konstituierende Versammlung angesichts der gegenwärtigen Krise in Iran, wo wir eine souveräne, *säkulare* konstituieren de Versammlung fordern. Die mächtige, von Ajatollah Chomeini geführte fundamentalistische moslemische Opposition verlangt die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1906, die einen 1907 angehängten Zusatzartikel enthält, der einen Ausschuß von angesehenen islamischen Schriftgelehrten vorsieht, um die Gewähr zu bieten, daß die Gesetze, die vom Madschlis (Parlament) verabschiedet werden, den islamischen Rechtskodex, den *Scharrijat*, nicht verletzen. Solei eine theokratische konstituierende Versammlung würde vor allen Dingen vorgeblich marxistische und Parteien der Arbeiterbewegung als Ungläubige verfolgen und die barbarische Unterdrückung der Frau in der moslemischen Kultur in der Verfassung verankern.

Die gesamte übrige amerikanische und europäische Linke (ganz zu schweigen von der iranischen) ist jedoch einfach den Mullahs hinterhergekrochen und hat deren reaktionäres Programm des moslemischen Klerikalismus bemäntelt, um

Fortgesetzt auf Seite 15

Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Extrablatt **24. Mai 1979** **0,10 DM**

Coca-Cola in China, Gulf Oil in Angola

Identitätskrise im KB

Nach über sieben Jahren seiner Existenz, nach ein paar Jahren dahinschwelender Organisationskrise hält der Kommunistische Bund (KB) seinen ersten Kongreß ab; erstmals beabsichtigt er, seine Leitung *wählen* zu lassen. Ziel ist der Versuch, den stark föderativen Tendenzen im KB Einhalt zu gebieten. Die Krise ist manifest: Hunderte von „Aktiven" haben die Organisation verlassen, die Auflage des *Arbeiterkämpf {AK)* ist um die Hälfte geschrumpft, Teile der Mitgliedschaft stellen die Existenzberechtigung des KB überhaupt infrage. Da dieser Zustand ohnehin nicht zu verheimlichen wäre, hat sich die KB-Führung schlauerweise entschlossen, sich durch ihre „Offenheit" in der Austragung der Konflikte als besonders „demokratisch" zu profilieren. Der KB schreibt über seine Intentionen hinter seiner Einladung an „verschiedenste Organisationen der westdeutschen Linken" zum Kongreß:

> *„Immerhin verbinden wir mit dieser Einladung aber die Hoffnung, einen ersten Anstoß zum Einreißen traditioneller Schranken zwischen den Organisationen und Strömungen der BRD-Linken zu geben" {AK Nr. 145, 8. Januar).*

Wir nehmen die Einladung des KB und die Gelegenheit zu einer politischen Auseinandersetzung ernst - freilich gedenken wir uns nicht der unter Mitgliedern der „linken Familie" üblichen „solidarischen Kritik" und des Schulterklopfens im Sinne einer falsch verstandenen Einheit zu befleißigen: Die Differenzen zwischen unseren Organisationen sind qualitativer Natur. Wie schon Engels bemerkte:

> „Die Entwicklung des Proletariats geht überall inmitten interner Kämpfe vor sich... Einheit ist eine gute Sache, solange sie möglich ist, aber es gibt Dinge, die höher stehen als die Einheit. Und wenn man, wie Marx und ich selbst, ein Leben lang gegen die vorgeblichen Sozialisten gekämpft hat..., kann man sich über den unvermeidlichen Kampf nicht grämen, der ausgebrochen ist" (Brief an Sorge).

Wir suchen als Marxisten die *programmatische* Auseinandersetzung mit dem KB.

Grundlegend für unsere Kritik am KB ist unsere Erkenntnis, daß für den Sieg des Proletariats die Schmiedung einer leninistischen Partei auf dem Programm der internationalen sozialistischen Revolution unabdingbare Voraussetzung ist. Die „Bündnispolitik" des KB ist eine *Barriere* zur Schaffung einer solchen Partei. Der KB hat sich in den letzten Jahren vor allem zur Organisation (und zum Möchtegern-"Organisator") der „Bewegung" gemacht: allem, was sich „bewegt", allem „Progressiven" nachzulaufen, seien es nun Grüne, AKW-Gegner, „Demokraten" oder Feministen etc. Und der KB „erhebt keinen Führungsanspruch" (Statut des KB, *Kommunistische Arbeiterzeitung* Nr. 11/12, zitiert nach *AK* Nr. 134, 24. Juli 1978). Dabei hat er aus dem kleinbürgerlichen Sumpf rekrutiert – aber nicht auf kommunistischer, leninistischer Grundlage, sondern auf Basis eines politischen Potpourries. Daß dabei die Grenzen zwischen Organisation und „Bewegung" fließend werden, liegt in der Natur der Sache und so hat der KB' einen Aderlaß in die „Bewegung" zurück hinnehmen müssen. Lenin bemerkte in *Was Tun?,* daß

> *Jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des gewußten Elements', der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich - ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet ... „ (Lenin Werke Band 5, Lenins Hervorhebung).*

Lenins Kritik der Anbetung *der proletarischen* Spontaneität ist um so vernichtender in der Übertragung auf Bewegungen, die einen kleinbürgerlichen wird zum Teil antiproletarischen Charakter haben (z. B. „demokratische" Mullahs). Wenn der KB alle kleinbürgerlichen Protestströmungen, die jeweils en vogue sind, als der Arbeiterlklasse ebenbürtige (oder gar überlegene) „Bewegungen" hochstilisiert, tritt er die Leninsche Tradition mit Füßen. Wenn er sich gleichzeitig gegen die Haltung ausspricht, „als hätten ‚Kommunisten' sozusagen schon durch ihre Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation mehr politisches Verständnis, mehr Durchblick als andere Menschen..." *(Unser Weg* Nr. 25/1), darf er sich nicht wundern, wenn immer mehr „Aktive" die

Frage stellen: „Wozu brauchen wir überhaupt den KB?" und sie durch ihren Austritt beantworten.

Partei und Programm

Die leninistische Partei ist nicht bloß eine Organisations*struktur,* sondern das notwendige Instrument des *Programms* der proletarischen Machtergreifung. Wir kennen zwar den Stolz des KB auf seine „Tradition, daß wir uns sehr wenig mit den sogenannten ‚Programmfragen' befassen, sondern in allererster Linie mit den *konkreten, praktischen* Fragen des politischen Kampfes" *(AK* Nr. 112, 5. September 1977). Aber es wäre naiv daraus zu schließen, daß der KB kein Programm hat: Seine Politik *ist* sein Programm. Wir können deswegen nur schmunzeln, wenn *fei AK* beispielsweise über die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) und ihr Programm schreibt:

> „Wir vermögen ... nicht zu sehen, daß die sogenannten programmatischen Grundlagen[4] des Trotzkismus (also ‚Übergangsprogramm', Arbeiterregierung', Arbeiterkontrolle' usw.) tatsächlich Gegenstand der Politik der GIM sind. Diese programmatischen Grundlagen' stehen bei der GIM sozusagen nur im Bücherschrank..*(AK* Nr. 112, 5. September 1977, „Theoretische Aufarbeitung des Trotzkismus?").

Das Programm der GIM *ist* eben Nachtrabpolitik, Hinterherlaufen, Sich-verstecken – und deswegen sagen wir, daß diese politische Mißgeburt nichts mit der revolutionären Tradition der ersten vier Kongresse der Komintern, nichts mit dem revolutionären Trotzkismus, nichts mit dem Übergangsprogramm gemein hat. Nur die internationale Spartacist Tendenz, deren deutsche Sektion die TLD ist, verteidigt das genuine Programm des Trotzkismus – des Marxismus unserer Epoche.

Was ist aber das Programm des KB? Obwohl der Impressionismus des KB ihn besonders widersprüchlich macht, steht seine Politik in der Tradition der Degenerierungsphase der Dritten Internationale ab 1924: „Sozialismus in einem Lande", vor allem aber der Volksfrontpolitik der Stalintern nach 1935. Als besonderes Merkmal kommt eine Spielart des neu-linken Maoismus der späten sechziger Jahre hinzu.

Der VII. Weltkongreß besiegelte den qualitativen Rechtsruck der Komintern unter Stalin zur offenen Klassenkollaboration . Unter der Rubrik des Kampfes gegen den Faschismus nahm die Stalintern Kurs auf *politische* Bündnisse mit den „progressiven" Parteien des Kapitals auf der Basis einer Plattform, die diesen bürgerlichen Bündnispartnern recht war. Diese Politik bedeutete Anbiederung an die eigene Bourgeoisie: Thorez' Ausverkauf des französischen Generalstreiks 1936, die Strangulierung der spanischen Revolution 1936-38, das schwarz-rot-goldene „Nationalkomitee Freies Deutschland" ab 1943, Ho Chi Minhs Begrüßung der Rückkehr französischer imperialistischer Truppen nach Indochina 1945, das Debakel der *Unidad Popular* in Chile.

Trotzkisten lehnen jegliche politische Unterstützung für Volksfronten ab – Blöcke mit der Bourgeoisie, in denen die Arbeiterklasse als Geisel fungiert. Auch „kritische" Unterstützung für solche Kombinationen (von Kerenskis „Provisorischer Regierung" über die „Union de la Gauche" bis hin zur ‚3unten Liste") ist nichts anderes als „kritische" Unterstützung für Klassenkollaboration.

Eine Vorläuferorganisation des KB, der KAB, hat in Abgrenzung von der DKP eine Kritik an der Volksfrontpolitik geleistet, die - wenngleich keineswegs konsequent oder prinzipiell – in scharfem Gegensatz zur späteren KB-Politik steht. Der KAB nannte den VII. Kongreß der Komintern einen „Meilenstein des Revisionismus" (, Die Entwicklung der KPD nach 1933", in *UW: Revisionismuskritik*), und schrieb: „Allgemein gesprochen hat die Arbeiterklasse bis heute mit dieser glorreichen Strategie nur Mißerfolge erlitten."



Personenkult in China. Mao ...

Der KB hat heute nicht im entferntesten das soziale und politische Gewicht der Stalinisten der dreißiger und vierziger Jahre, aber ihre *Methode* hat er gleichwohl assimiliert. Das Weltbild des KB setzt sich aus Myriaden von „Progressiven" und „Reaktionären" zusammen – nicht aus Klassen. In seiner Bündnispolitik, bei der Sisyphusarbeit der Schaffung einer „demokratischen Abwehrfront" gegen die „vorbeugende Faschisierung" des bürgerlichen Staates orientiert er bewußt darauf, „uns als ehrliche, zuverlässige, loyale und diskussionsbereite Bündnispartner zu erweisen ..." (UW Nr. 25/1). Denn: „Zur Bündnispolitik gehört auch Vertrauen in die Bündnispartner." Ein offenes Wort.

Paradestück der Bündnispolitik des KB ist die Hamburger „Bunte Liste", die auf bezirklicher Ebene durch zwei Frauen vertreten ist. Aber wenn man sich deren *Praxis* nach ihrem „Wahlerfolg" ansieht, so läuft die auf nichts anderes als kleinbürgerliche *Bürgerinitiativenp*olitik hinaus. Auf diesem Weg hat der KB die rote Fahne gegen eine lila Motte eingetauscht. „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts"?

Gegenüber der „Dritten Welt" ist die Politik des KB ähnlich kapitulantenhaft. Wo war – und ist – etwa die ‚selbständige' politische und militärische Macht der Arbeiterklasse" unter der angolanischen MPLA? Der KB kapituliert vor kleinbürgerlichen Nationalisten, die ihrerseits imperialistische Ideologie widerspiegeln und nachgeben (was beispielsweise seinen Ausdruck in einer Konzession für die Gulf Oil Company in Cabinda findet). Wir bestreiten nicht die Wichtigkeit der ausgebeuteten und unterdrückten Massen der kolonialen und halbkolonialen Länder als Bündnispartner des Proletariats – aber die plebejischen und bäuerlichen Massen der „Dritten Welt" können nur unter Führung des Proletariats und seiner revolutionären Partei eine genuin progressive Rolle im Kampfe gegen den Imperialismus spielen.

Wir treten für den *militärischen* Sieg von kleinbürgerlichen nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im Kampf gegen den Imperialismus ein. Aber wir schenken Möchtegern-Despoten, die, selber an die Macht gelangt, zu Neokolonialisten werden, nicht das geringste politische Vertrauen. Ein besonderer Liebling des KB demonstrierte 1938, wie weit diese Politik der Kapitulation vor bürgerlichen Nationalisten gehen kann:

> „... Die Kuomintang und die Kommunistische Partei bilden die Grundlage der antijapanischen Einheitsfront,



und Stalin

doch nimmt unter diesen beiden Organisationen die Kuomintang die erste Stelle ein. Ohne die Kuomintang wäre es unmöglich, den Widerstandskrieg führen und fortsetzen zu wollen... Sie setzt das historische Erbe der Drei Volksprinzipien fort: sie hat zwei große Führer gehabt - Sun Yat-sen und Chiang Kai-shek; ihr gehören eine große Anzahl treuer und patriotisch aktiver Mitglieder an. All dies sollten unsere Landsleute nicht vergessen – wir haben in der Kuomintang das Ergebnis von Chinas historischer Entwicklung vor uns" (Mao Tse-tung, Auszug aus einem Bericht an das VI. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, in: Stuart Schräm, *Das Mao-System* - der Text fehlt in der Fassung *der Ausgewählten Werke).*

Und Maos Zöglinge in Indonesien - die größte maoistische Partei außerhalb Chinas - haben diese Politik bis zum Massaker von 500 000 Linken im Jahre 1965 befolgt.

KB und China: Langer Marsch ohne Kompaß

Ursachen der Krise des KB liegen auch in der Tatsache, daß ihm seine China-Identität verlustig gegangen ist und er vor dem analytischen und politischen Problem der Arbeiterstaaten wie vor einem Buch mit sieben Siegeln steht. Die chinesische Invasion Vietnams im Zusammenspiel mit dem US-Imperialismus hat der „kritischen Loyalität" des KB zum einstigen „Bollwerk der Weltrevolution" endgültig den Rest gegeben.

Für uns Trotzkisten war diese Entwicklung keine Überraschung: Schon vor über zehn Jahren sagten wir voraus, daß die chinesische Bürokratie auf der Basis *ihres* „Sozialismus in einem Lande" zu einem Abkommen mit dem US-Imperialismus bereit wäre, sollte der US-Imperialismus versuchen, die „chinesische Karte" zu spielen. Aber die Methodik des KB bleibt weiterhin im maoistischen Idealismus befangen. Richtig charakterisierte der KB Chinas reaktionäre Invasion von Vietnam als „Hochzeitsgeschenk an den US-Imperialismus", um kurz darauf die Restauration des Kapitalismus in China zu konstatieren *(AK* Nr. 151,2. April). Fazit: sind die Typen böse, sind sie auch bourgeois.

Die angebliche Entwicklung dahin beschrieb *der AK* zehn Wochen zuvor mit folgendem grotesk anmutenden „Beweis":

„Wie lange dauerte es beispielsweise, bis Pepsi Cola in die Sowjetunion durfte, und welche gehässigen Kommentare rief das damals gerade in der chinesischen Presse hervor! Mit Coca Cola und McDonalds geht das jetzt in China ruck zuck, so daß selbst die Imperialisten über das Tempo völlig aus dem Häuschen geraten" *(AK* Nr. 146, 22. Januar). Etwas ernsthafter versucht *der AK* die angebliche Entwicklung zum Kapitalismus in seiner folgenden Ausgabe zu begründen. Bezugnehmend auf die Rückerstattung sämtlichen „während der Kulturrevolution enteigneten Eigentums" an die alten nationalen Kapitalisten" schreibt er:

> „Diese riesigen finanziellen Mittel machen die Rationale Bourgeoisie4, gemeinsam mit den Spitzen des Partei- und Staatsapparates zum privilegierten Nutznießer der neuen Luxusgüter (Farbfernseher, Pariser Mode, Reisen, üppige Ferienwohnungen etc. pp.), aber nicht *nur* das: *Es wird* Kapital *geschaffen, das nach* Verwertung *und* Mehrwert *drängt. Es wäre gegen alle Gesetze der Ökonomie und Politik, wenn sich dieses Kapital nicht auch alsbald einen ‚freien Markt' schafft, auf dem es ‚angelegt' werden kann" (AK* Nr. 147, 5. Februar).

Im AK Nr. 151 ist dann alles klar: Rückwirkend ab 6. Oktober 1976 ist China kapitalistisch, ohne Wenn und Aber und ohne Anführungszeichen.

Wie hat sich die kapitalistische Restauration vollzogen? Wann hat eine Konterrevolution stattgefunden? - Oder meint der KB, daß der Übergang vom „Sozialismus" zum Kapitalismus einen friedlichen Prozeß darstellen kann? Die trotzkistische Analyse der Staaten, in denen der Kapitalismus zerschlagen worden ist, lautet, daß das dominierende staatliche Eigentum – verbunden mit Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol – eine *proletarische* gesellschaftliche Basis bildet; aber daß das Proletariat in diesen Ländern *politisch* von einer parasitären Bürokratie enteignet worden ist. Dies gilt für die Sowjetunion, wo die Stalinfraktion eine *politische* Konterrevolution durchgeführt hat, wie für Kuba, Osteuropa, China, Vietnam etc., wo eine Sowjetdemokratie nie existiert hat, sondern von ihrer Entstehung an die politischen Strukturen der degenerierten Sowjetunion übernommen worden sind. Gewiß, die stalinistische *Bürokratie* – ein „privilegierter Nutznießer", aber eben auch nur das - fördert durch ihre bloße Existenz, durch ihre Desorganisation der Planwirtschaft, durch ihre Außenpolitik der Klassenkollaboration, Kräfte, die intern wie extern in Richtung auf eine kapitalistische Restauration abzielen. Aber die fundamentale Klassentransformation von einem Arbeiterstaat zu einem bürgerlichen Staat kann nicht friedlich vor sich gehen - durch einen Fraktionskampf, durch einen Palastcoup oder Cliquenkampf (z. B. Hua, Deng & Co. versus „Viererbande") -, genausowenig wie die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse durch Änderungen im Apparat des bürgerlichen Staats umgestürzt werden können. Die Methode des KB ist die Methode des klassischen Reformismus im Rückwärtsgang. Der Kapitalismus in China oder in der UdSSR könnte nur durch einen Bürgerkrieg triumphieren, in dessen Verlauf das Proletariat, das das vergesellschaftete Eigentum als Basis des Übergangs zum Sozialismus verteidigen würde, besiegt werden müßte.

Der Mythos der Kulturrevolution

Eine wesentliche ideologische Grundlage des KB ist seine Apologie Maos und der Kulturrevolution: Unter dem Motto „Den Maoismus verteidigen, den Revisionismus bekämpfen! „ pflegt er den Mythos des „revolutionären" Maoismus als Alternative zum Kreml-Stalinismus. Aber Mao hat *nie* prinzipiell mit dem Stalinismus gebrochen. Seine Politik der „friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus, die politische Entmachtung des Proletariats im chinesischen Ar

beiterstaat von Anfang an (1949) unterscheidet ihn nicht qualitativ von Stalin, Chruschtschow oder Breschnew. Und es war auch Mao, der den Massenmörder Nixon auf dem Höhepunkt des US-Bombenterrors in Vietnam in der „Großen Halle des Volkes44 empfing. Es war der „Vorsitzende Mao44, der den „Vorsitzenden Strauß44 im Januar 1975 zu einem „freundschaftlichen Gespräch44 empfing *(Peking Rundschau* Nr. 3, 21. Januar 1975).

„Die unvollendete Kulturrevolution44 *(AK* Nr. 93, 15. November 1977) ist eine Fiktion. Wie die Spartacist Tendenz bereits vor mehr als zwölf Jahren feststellte („Maoism Runs Amok“, *Spartacist* Nr. 8, November/Dezember 1966), bedeutete die Kulturrevolution nichts als einen innerbürokratischen Cliquenkampf, in dem Marxisten *keine* Partei zu ergreifen hatten. Mao, dessen Position aufgrund der katastrophalen Niederlage des von ihm protegierten „Großen Sprungs nach vorn44 erheblich angeschlagen war, mobilisierte 1966 gemeinsam mit seinem agilen Sprachrohr Lin Piao die chinesische Jugend gegen die Parteibürokratenclique um Liu Schao-chi und Deng Xiaoping. Die wiederum vermochten Teile der chinesischen Arbeiter gegen die „roten Rebellen44 zu organisieren. Es war Mao, der den Schanghaier Generalstreik und den landesweiten Eisenbahnerstreik brutal niederschlagen ließ. Und als ihm die Roten Garden im Herbst 1967 außer Kontrolle zu geraten drohten, ließ der „Große Steuermann44 als Bonaparte die jugendliche Massenbewegung durch die Armee zerschlagen.

Wie eine politische, proletarische Revolution in einem Arbeiterstaat aussieht, hat der Aufstand in Ungarn 1956 gezeigt, wo die Arbeiterklasse *Räte* gebildet hat und die Bürokratie sich unter dem Druck der revolutionären Bewegung gespalten hat. Aber Mao war *für* die sowjetische Invasion und *gegen* das ungarische Proletariat.

Laut *AK* Nr. 145 (8. Januar) „deutet sich als Mehrheitsposition im KB eine deutlichere und systematischere Kritik der mit dem Namen Stalins verbundenen Politik an“. Wenn der KB wirklich mit dem Stalinismus, seiner Etappentheorie, seiner Theorie des „Sozialismus in einem Lande“, seiner klassenkollaborationistischen Volksfront *brechen* wollte, müßte er gleichfalls „mit dem Namen Maos“ brechen.

Trotzkismus: Der Marxismus unserer Epoche

Der Trotzkismus ist die Partei der *unversöhnlichen* Opposition gegen Kapitalismus und die stalinistische Knebelung der Arbeiterstaaten; unser Programm ist *soziale* Revolution in den kapitalistischen Staaten und der Sturz der Bürokratien in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten durch die *politische* Revolution des Proletariats. Aber wir verteidigen die verstaatlichte gesellschaftliche Grundlage der Arbeiterstaaten bedingungslos gegen den Imperialismus, genauso wie wir die Existenz von reformistisch geführten Gewerkschaften gegen Angriffe des Klassenfeindes verteidigen.

Unter den Staaten - wie die UdSSR, China, Vietnam, Kuba –, in denen der Kapitalismus zerschlagen worden ist, spielt die Sowjetunion aufgrund ihrer ökonomischen Stärke die wichtigste Rolle; sie ist das militärische Hauptbollwerk gegen das Bestreben der Imperialisten, in *allen* Arbeiterstaaten die Herrschaft des Kapitals wiedereinzuführen. Unsere Gretchenfrage: Wie haltet Ihr's mit der Sowjetunion? Steht der KB zur militärischen Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus? Immerhin kreidet der KB uns unsere Haltung als Frechheit an: „Die TLD verstieg sich sogar zu dem größenwahnsinnigen Spruch: ‚Nur die Trotzkisten werden die Sowjetunion wirklich gegen den Imperialismus verteidigen4 „ *(AK* Nr. 151,2. April). Herrscht nach Meinung des KB in der UdSSR eine „zur ‚neuen-Bourgeoisie4 entwickelte Bürokratie „ *(AK* Nr. 108, 11. Juni 1977) oder ist es so, daß „ohne Wiederherstellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse eine Schicht von Partei- und Staatsführern sich große Teile des gesellschaftlichen Mehrprodukts aneignet“ (Resolutionsentwurf der RGW-Kommission,^ Nr. 25/1)?

Nur wer fähig ist, bereits bestehende Errungenschaften zu verteidigen - die Errungenschaften der Oktoberrevolution -, wird dem Proletariat eine Zukunft weisen können.

Die Trotzkistische Liga Deutschlands als Sektion der internationalen Spartacist Tendenz steht in der Tradition des revolutionären Marxismus, in der Tradition Lenins, der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale, in der Tradition von Trotzkis *Vierter Internationale.* Es ist diese Tradition, mit der ehrliche Militante des KB sich werden auseinandersetzen müssen, wenn sie den Weg zum Leninismus finden wollen.

- **Brecht mit dem neu-linken Maoismus!**
- **Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!**

Verantwortlich für den Inhalt: W. Hohmann, 6000 Frankfurt/M. 70

Konstituante . . .

Fortsetzung von Seite 8

nicht abseits von den Massen zu stehen. So übernehmen sie auch Chomeinis Programm unter Einschluß der Forderung nach Rückkehr zur Verfassung von 1906/07. Dies trifft besonders auf die amerikanische Socialist Workers Party (SWP) zu, die jüngst die konstituierende Versammlung überall und zu jeder Zeit als universale „konsequent demokratische Lösung“ für die Unterdrückung predigt.

In einem kürzlich erschienenen Artikel, in dem die gegenwärtige Situation in Iran mit der Rußlands 1917 verglichen wird, stellt die SWP die Sowjets als bloßes *Mittel* zur Durchsetzung demokratischer Forderungen, insbesondere der konstituierenden Versammlung dar:

> „Sie (die Bolschewiki) forderten ein Ende der Teilnahme Rußlands am imperialistischen Krieg und die sofortige Aufteilung des Bodens unter den Bauern. Und sie kämpften für die unverzügliche Einberufung der konstituierenden Versammlung, um die Ersetzung des zaristischen Regimes durch ein demokratisch gewähltes sicherzustellen. Im Kampf für diese Forderungen verlangten die Bolschewiki die Ausweitung der Sowjets, Fabrikkomitees und anderer Organe, die von den Massen während ihrer Kämpfe im ganzen Land geschaffen wurden“ (*Militant,* 1. Dezember 1978).

An keiner Stelle erwähnt die SWP in ihrem Artikel auch nur, daß Lenin und Trotzki darum kämpften, daß die Sowjets die Macht ergriffen; stattdessen schreibt sie einfach, die Repräsentanten der Arbeiter und Bauern in einer konstituierenden Versammlung würden eine Arbeiter- und Bauernrepublik fordern. Das ist eine nur dürftig verschleierte Forderung in Richtung auf die traditionelle menschewistisch/stalinistische Perspektive der Revolution in „Etappen“: erst die konstituierende Versammlung, dann für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Während die SWP im Kielwasser des heiligen Mannes Chomeini schwimmt, die Forderung „Alle Macht den Sowjets“ vergißt und an ihre Stelle die „unverzügliche Einberufung einer konstituierenden Versammlung“ (also praktisch einer theokratischen Versammlung) setzt, forderte die Spartacist League: Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für eine souveräne, säkulare konstituierende Versammlung! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Iran, gestützt auf Sowjets!

* * * * *

Das offenkundigste Beispiel für den Kretinismus der SWP gegenüber der konstituierenden Versammlung in den letzten Jahren zeigte sich jedoch auf dem Höhepunkt der Arbeiterkämpfe in Portugal im Sommer 1975. Damals – als Arbeiterkommissionen, Volksversammlungen und verschiedene andere begrenzte, embryonale Formen der Doppelherrschaft überall im Land aus dem Boden schössen – machten diese Pseudotrotzkisten die Verteidigung der Demokratie gegen eine Militärdiktatur zum Angelpunkt ihres Programms für Portugal. Insbesondere forderten sie die Verteidigung der „Souveränität“ der konstituierenden Versammlung gegenüber den Offizieren des linken Flügels der bürgerlichen Bewegung der Streitkräfte (MFA), den Verbündeten der portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP). Doch genau zu diesem Zeitpunkt organisierte die internationale Bourgeoisie mit der gleichen Begründung wie rasend ihre Unterstützung für die konterrevolutionären Kräfte in Portugal.

In ihrem Thesenpapier über Portugal, angenommen am 30. August 1975, schrieb die von der SWP geführte Leninistisch-Trotzkistische Fraktion des Vereinigten Sekretariats (VS):

> „Die wesentliche Aufgabe ist es, die Arbeiter zum Bruch mit ihrer Unterordnung unter die Bewegung der Streitkräfte zu bewegen und ihr Recht, eine Arbeiter- und Bauernregierung an die Macht zu bringen, zu sichern ... Dieser Kampf konzentriert sich gegenwärtig auf die Souveränität der konstituierenden Versammlung, in der die Arbeiterparteien eine solide Mehrheit bilden, und die die einzige nationale Körperschaft ist, die bisher durch das Volk gewählt wurde. Dies steht im Gegensatz zu der Souveränität der nicht gewählten Militärhierarchie, die die gegenwärtige Regierung stellt4'(„The Key Issues in the Portuguese Revolution“ *Jntercontinental Press,* 20. Oktober 1975).

Die Forderung nach Verteidigung der Souveränität der konstituierenden Versammlung zieht sich durch das ganze Programm. Umgekehrt forderte die SWP-gefiihrte Fraktion an keiner Stelle die Ausweitung der embryonalen Formen der Arbeitermacht und ihre Zentralisierung in Sowjets. Im Gegenteil, jede Rede davon wurde als eine Abweichung denunziert:

> „Der revolutionäre Prozeß hat noch nicht den Punkt erreicht, an dem klare Formen der Arbeitermacht hervorgetreten sind...
>
> Die ultralinken Vorstellungen von ^evolutionären Räten4, gedacht als *Opposition* zur Konstituierenden Versammlung, spielen den Demagogen der Militärs in die Hände.“

War die Frage wirklich Militärdiktatur oder parlamentarische Demokratie? Diese Resolution wurde zu dem Zeitpunkt geschrieben, als konterrevolutionärer Mob im Norden

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

LIGUE TROTSKYSTE DE FRANCE
Le Bolchevik, BP 42109
F–75424 Paris cedex 09

SPARTACIST LEAGUE/BRITAIN
PO Box 185
GB–London, WC 1H 8JE

SPARTACIST LEAGUE OF AUSTRALIA/NEW ZEALAND
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien

SPARTACIST LEAGUE/U.S.
P.O. Box 1377, GPO
New York, NY, 10001, USA

SPARTACIST STOCKHOLM
Spartacist Publishing Co.
c/o E. Davidson
Fack
S–102 60 Stockholm

TROTSKYIST LEAGUE OF CANADA
Box 6867, Station A
Toronto, Ontario, Kanada

TROTZKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Portugals die Büros der PCP überfiel (der *Militant* brauchte drei Wochen, bis er diese Tatsache auch nur erwähnte, und er versuchte dann, die Überfälle mit der Behauptung zu entschuldigen, daß „es unvermeidlich war, daß solche Massenmobilisierungen antikommunistische Gefühle ausdrücken würden", da die PCP der Hauptunterstützer der Militärs sei), und als der Führer der Sozialistischen Partei, Mario Soares, gegen „parallele Machtorgane" wie Soldatenkomitees und Arbeitermilizen wetterte. Was sich tatsächlich ereignete, war ein international koordinierter Angriff *von rechts* gegen die MFA/PCP-Regierung, finanziell vom US-Imperialismus unterstützt (der später zugab, während dieser Zeit monatlich mehrere Millionen Dollar in Soares' SP gepumpt zu haben), *und dessen wirkliches Ziel es war, die ersten sich entwickelnden Ansätze einer Doppelherrschaft zu zerschlagen.*

Die SWP stand geradewegs auf der Seite dieser antikommunistischen Offensive, indem sie die Losung „Alle Macht der konstituierenden Versammlung" in den Mittelpunkt stellte. (Sie wenden sich gegen diese Interpretation, aber die Verteidigung der „Souveränität" der konstituierenden Versammlung bedeutet tatsächlich nichts anderes.) Selbstverständlich legten sie sich ein Feigenblatt zu und behaupteten, der „konkrete Ausdruck der Volkssouveränität durch die Konstituierende Versammlung" würde „die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung" oder genauer einer SP/PCP-Regierung sein. Tatsächlich wurde die handlungsfähige Mehrheit in der Versammlung jedoch von der SP Soares' im Bündnis mit den rechtsgerichteten bürgerlichen Parteien gegen die PCP gebildet. Die SWP argumentierte, die Sozialisten würden entlarvt werden, wenn sie sich weigerten, solch eine Regierung zu bilden; währenddessen setzte jedoch die wirkliche Mehrheit in diesem Organ bürgerlicher Herrschaft, dessen Souveränität die SWP verteidigt, ihre gegen die Errungenschaften der Arbeiterbewegung gerichteten Maßnahmen fort!

* * * * *

Wie schon oben ausgeführt, haben wir uns, Trotzki folgend, bei einer Reihe von Anlässen genötigt gesehen, hervorzuheben, daß wir eine *revolutionäre* Konstituierende Versammlung fordern, um uns von den versöhnlerischen Manövern diverser bürgerlicher oppositioneller Kräfte abzugrenzen. Eine Situation, in der wir eine solche Forderung *nicht* erhoben, war Portugal im Juli/August 1975, was uns die Kritik des Revolutionary Marxist Committee (RMC) einbrachte, einer shachtmanistisch orientierten Gruppierung, die inzwischen herrlichen reformistischen Zeiten in der SWP entgegensieht. In einer Artikelsammlung mit dem Titel „Problems of the Portuguese Revolution" *{Revolutionary Marxist Papers* 7, März 1976), verfaßt vor ihrer sozialdemokratischen Fusion mit Jack Barnes & Co., wollte das RMC die Kapitulationen der SWP vor Soares noch nicht schlucken, kritisierte aber die SL, weil sie die verächtliche Rolle der Sozialisten als Speerspitze einer reaktionären Mobilisierung (einer „de facto rot-braunen Koalition", wie wir es nannten) verurteilte.

Die Antwort, sagte das RMC, sei für portugiesische Revolutionäre, ihre Agitation auf die Forderung nach einer revolutionären konstituierenden Versammlung zu konzentrieren. Über mehrere Seiten hinweg widmet es sich den übernatürlichen Kräften dieser Losung und behauptet an einer Stelle:

> „Wenn die Arbeiterparteien konsequent für alle demokratischen Rechte gekämpft hätten - einschließlich und besonders für die revolutionäre konstituierende Versammlung – dann wäre keines der Parteibüros der KP in Brand gesteckt worden."

Tatsächlich war dieser *deus ex machina* nur ein Deckmantel für ihre wirkliche Politik, die, identisch mit der der SWP, die „Souveränität" der bestehenden konstituierenden Versammlung verteidigte; das RMC suchte nur nach einem Weg für seine Behauptung, daß es sich nicht auf die Forderung nach aller Macht für die antikommunistische Mehrheit in der Versammlung, SP und bürgerliche Parteien, beschränkt.

Vor allem aber war damals das Gebot der Stunde gar nicht die Forderung nach neuen Wahlen für eine radikalere legislative Körperschaft auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts. Die mögliche Basis für eine revolutionäre Opposition gegen die bonapartistische Vormundschaft der MFA war nicht eine konstituierende Versammlung, sondern die Entwicklung der damals entstehenden Körperschaften, die sich zu Organen vom Rätetypus hätten entwickeln können, und ihre Verbindung miteinander. So forderten wir:

> „Baut im ganzen Land Arbeiterräte auf, vereinigt sie und bezieht im Kampf um die Macht die Arbeiterkommissionen, Volksüberwachungskomitees, Soldatenkomitees und Nachbarschafts- und Landarbeiterkommissionen ein" („Program for Workers Power in Portugal", *Workers Vanguard* Nr. 80, 10. Oktober 1975).



Portugal Sommer 1975: Die SP demonstrierte für die Souveränität der rechtsgerichteten Konstituante, linksgerichtete Soldaten fordern ihre Auflösung. Die Spartacist-Tendenz rief zur Transformation der Arbeiterkommissionen in Sowjets auf.

Aber für die Sozialdemokraten des RMC war dies „auf tragische Weise irreführend". Weil „es heute in Portugal keine wirklich existierenden Sowjets gibt", sei es die Aufgabe, die Kräfte der „demokratischen Reaktion" zur Verteidigung des bürgerlichen Parlamentarismus gegen den militärischen Bonapartismus zu unterstützen. Als sie die Existenz von „dürftigen Ansätzen von zukünftigen Sowjets" zugeben

mußten (wie prosaisch - als wenn solche Kampforgane eine alltägliche Erscheinung wären!), dann nur, um daraus zu schließen, sie sollten „der organisatorische Ausdruck des Kampfes um die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung werden“. Es ist daher nicht überraschend, daß das RMC schließlich zur SWP überging. Ihre Trauung wurde vor dem Altar des parlamentarischen Kretinismus und der Feindschaft zur Rätemacht geweiht.

Es gibt einen weiteren, merkwürdigeren Aspekt der Faszination der SWP von der Forderung nach einer konstituierenden Versammlung in Portugal: die Forderung nach einer Arbeiter- und Bauernregierung gestützt auf eine konstituierende Versammlung. Zu dieser Zeit veröffentlichten ihre portugiesischen Anhänger ein kleines Buch, das eine Sammlung verschiedener Schriften von Leo Trotzki über die Frage der konstituierenden Versammlung enthält. Und in einigen Artikeln über China erwägt Trotzki tatsächlich die Möglichkeit, daß eine Rätemacht eine konstituierende Versammlung einberuft:

> „Wenn das Proletariat die armen Bauern unter den Losungen für Demokratie (Land, Nationalversammlung etc.) versammelt hat und in einem vereinigten Angriff die Militärdiktatur der Bourgeoisie stürzt, dann wird das Proletariat, wenn es an die Macht kommt, eine Nationalversammlung einberufen müssen, um nicht das Mißtrauen der Bauern zu wecken und um keinen Weg für bürgerliche Demagogie zu eröffnen“ („An die chinesische Linke Opposition“, Januar 1931).

Aber Trotzki postuliert weder hier noch an anderer Stelle die konstituierende Versammlung als eine mögliche organisatorische Form für die Diktatur des Proletariats; dies ist eine Erfindung der ehemaligen Trotzkisten, die die bolschewistische Losung für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu der Forderung nach einer Reform-Regierung des bürgerlichen Staates verdrehen. Trotzki spricht von einer National - bzw. konstituierenden Versammlung als einer zusätzlichen



Unterstützung für die proletarische Macht: „Der Vorteil wäre, daß das Rätesystem formal durch die Nationalversammlung sanktioniert würde...“.

Außerdem bezog sich dieser hypothetische Fall auf China: eine überwältigende bäuerliche Mehrheit wird von einer leninistischen Führung, die weiß, wie revolutionäre demokratische Losungen angewendet werden, gegen ihre bürgerlichen Herrscher, die „Kriegsherren“, Großgrundbesitzer und Kompradoren, mobilisiert. In Portugal dagegen setzte sich die Mehrzahl der Bauern (*nicht* die von der PCP geführten Landarbeiter) aus kleinen Landbesitzern zusammen, die häufig durch den rechten Flügel gegen die radikale Arbeiterklasse aus der Lissaboner Region mobilisiert wurden.

Die Spartacist League forderte eine konstituierende Versammlung in Portugal, um den Wunsch nach Demokratie einer Bevölkerung zu mobilisieren, die nahezu ein halbes Jahrhundert unter der korporativen Diktatur Salazars gelitten hat. Aber in dem konkreten Fall der rechten Mobilisierung für „Demokratie“ Mitte 1975 unterstützten wir weder die zu Generalen avancierten populistischen Offiziere noch die rechte Mehrheit der konstituierenden Versammlung, sondern forderten stattdessen die gemeinsame Verteidigung der Büros linker Organisationen durch die Arbeiterklasse und die Ausweitung und Zentralisierung der entstehenden Organe der Arbeitermacht (siehe „SWP/OCI Tail Counterrevolution in Portugal“, *Workers Vanguard* Nr. 75, 29. August 1975).

* * * * *

Die Ereignisse in Portugal waren keine isolierte Erscheinung, noch war der Konflikt zwischen einer Sache, die den Namen konstituierende Versammlung trug, und den Arbeiterkommissionen/Soldatenkomitees einzigartig. Tatsächlich fordern wir als proletarische Revolutionäre (und nicht als bürgerliche Demokraten) nicht immer die Souveränität einer bestimmten konstituierenden Versammlung. Während einer revolutionären Erhebung könnte eine schwache provisorische Regierung gezwungen sein, wirtschaftliche Konzessionen an die Arbeiter zu machen und vorübergehend die Organe der Doppelherrschaft zu tolerieren. Eine konstituierende Versammlung könnte dann die Schlinge für die Erdrosselung der Revolution durch die Bourgeoisie werden. Die Stimmen einer rückständigen ländlichen Bevölkerung könnten eine konstituierende Versammlung hervorbringen, die sich weit rechts von der provisorischen Regierung befindet, die unter dem direkten Druck der in den Städten konzentrierten, kämpferischen Teile der Arbeiterklasse steht. Und indem sie in Anspruch nimmt, den demokratischen Volkswillen zu repräsentieren, wäre die konstituierende Versammlung leichter in der Lage, gegen die proletarische Vorhut zu mobilisieren als die mit keiner Autorität versehene provisorische Regierung. Das war die Situation in Portugal im Sommer 1975.

Ähnliche Situationen gab es in den klassischen französischen Revolutionen 1789-92 und 1848. Im Juni 1789 wurde die Nationalversammlung ins Leben gerufen, als sich der von Louis XVI zusammengerufene Dritte Stand weigerte, durch königliche Weisung entlassen zu werden und sich in das Ballhaus bei Versailles zurückzog, um unabhängige Sitzungen abzuhalten. Aber das war nur eine Geste. Die Versammlung wurde erst nach dem plebejischen Aufstand in Paris, der am 14. Juli im Sturm auf die Bastille gipfelte, als herrschendes Organ anerkannt. So hat die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung seit den klassischen bürgerlichen Revolutionen immer einen revolutionär-demokratischen Inhalt, direkt allen Versuchen, mit dem

alten Regime zu verhandeln oder es zu reformieren, entgegengesetzt.

Im Sommer 1792 war die Nationalversammlung jedoch zur würgenden Fessel für die weitere Entwicklung der Revolution und zum Schirmherrn der Monarchie geworden. Am 10. August dieses Jahres bildeten die Repräsentanten der Pariser Bevölkerung eine Revolutionäre Kommune, als Kolonnen zu den Tuilerien marschierten, um den König aus meinem Palast zu treiben. Die Kommune zwang unter der Führung von Robespierre die Nationalversammlung, den König zu „suspendieren“ und Wahlen, basierend auf allgemeinem Wahlrecht, für eine neue, wirklich demokratische und revolutionäre Versammlung, den Nationalkonvent, durchzuführen. Doch die parlamentarischen Kretins der SWP hätten die Aktion der Kommune zweifellos als eine undemokratische Aktion einer in Paris isolierten ultralinken Minderheit denunziert. Glücklicherweise war Robespierre ein Revolutionär und nicht ein Anbeter bürgerlicher Legalität.

Die gescheiterte französische Revolution von 1848 stellt auf der anderen Seite ein Beispiel dafür dar, wie eine konstituierende Versammlung zu einem Organ der „demokratischen Konterrevolution“ werden kann. Die nach der Februarrevolution gebildete provisorische Regierung befand sich unter dem unmittelbaren Druck des Pariser Proletariats und stand weit links von der Nationalversammlung, die im April gewählt wurde. Die rückständigen Anschauungen der bäuerlichen Mehrheit des Landes widerspiegelnd wurde diese Körperschaft von der Ordnungspartei dominiert und war hauptsächlich aus alten Monarchisten zusammengesetzt. Nachdem die Repräsentanten der Arbeiter aus dem Exekutivkomitee gesäubert wurden, provozierte die neu organisierte Regierung einen Aufstand der Pariser Arbeiter, der blutig von dem Schlächter Cavaignac unterdrückt wurde, welcher im Namen der Nationalversammlung mehr als 20 000 hinrichten ließ (siehe „The French Revolution of 1848“, *Young Spartacus* Nr. 50, Januar 1977).

Hier, wie in Deutschland 1918/19 war für die Arbeiterklasse der Gegner auf der anderen Seite der Barrikade nicht mehr die absolutistische Diktatur, es waren die Verfechter der bürgerlichen Demokratie. Marx und Engels standen auf der Seite des Proletariats gegen die Kräfte der demokratischen Reaktion, und es war die Erfahrung von 1848/49, die zuerst zum Marxschen Konzept von der Diktatur des Proletariats führte. Lenin vertiefte das Verständnis vom Klassenunterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie, während Kautsky weiterhin von abstrakter Demokratie sprach und die Bolschewiki verurteilte, weil sie im Januar 1918 die konstituierende Versammlung in Rußland auseinanderjagten.

Als Trotzkisten halten wir daran fest, daß die konstituierende Versammlung nur eine von mehreren revolutionär-demokratischen Forderungen ist, die den alles überragenden Interessen der proletarischen Revolution untergeordnet ist. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen SWP stehen wir auf der Seite Lenins mit seinen im Dezember 1917 verfaßten „Thesen über die Konstituierende Versammlung“, die den marxistischen Standpunkt zur bürgerlichen Demokratie klar zusammenfassen:

> „1. Die Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung gehörte mit vollem Recht zum Programm der revolutionären Sozialdemokratie, da die Konstituierende Versammlung in der bürgerlichen Republik die höchste Form des Demokratismus ist und da die imperialistische Republik mit Kerenski an der Spitze bei der Bildung des Vorparlaments die Verfälschung der Wahlen und eine Reihe von Verstößen gegen den Demokratismus vorbereitete.
> 2. Die revolutionäre Sozialdemokratie, die die Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung erhob, hat vom ersten Tage der Revolution von 1917 an wiederholt betont, daß die Republik der Sowjets eine höhere Form des Demokratismus ist als die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der Konstituierenden Versammlung.
> 3. Für den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats, ist die Republik der Sowjets (der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern deputierten) nicht nur eine Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus ..., sondern sie ist auch die einzige Form, die imstande ist, den schmerz-



Frankreich 1848: Der Graf von Paris wird der Deputiertenkammer als neuer König vorgestellt, kurz bevor sie durch Pariser Arbeiter aufgelöst wird.

„Vereinigtes Sekretariat: Vorwärts zur 2 1/4 Internationale“

in *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 21, April 1978. Diese und neun weitere Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz* sowie der deutschen Ausgabe von *Spartacist* mit Artikeln über das Vereinigte Sekretariat können zum Sonderpreis von 5,-- DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.

Nahost . . .

Fortsetzung von Seite 20

der Tagesordnung.

Appetit auf direkte amerikanische Militärpräsenz in dieser Region war eine Konstante von der Regierung Nixon über Ford zu Carter. Konfrontiert mit dem Sturz des Schah in Iran, eines der Pfeiler Washingtoner Nahostpolitik, und seiner Ablösung durch ein fanatisch islamisches und pro-palästinensisches Regime versuchen State Department und Pentagon wie wahnsinnig, eine neue antisowjetische Allianz zusammenzuzimmern. Die Auswirkungen der iranischen islamischen „Revolution" sind jedoch im Lichte der strategischen Optionen des US-Imperialismus höchst widersprüchlich.

Einerseits hat das Gespenst von Chomeini die israelische herrschende Klasse unnachgiebig gegenüber allen ernsthaften Zugeständnissen gemacht, denn „Gemäßigte" wie Sadat, denen man Zugeständnisse machen würde, könnten bald weg vom Fenster sein. Wie Mosche Dayan es ausdrückte, zeigt der Iran, wie plötzlich in diesem Teil der Welt ein Land, daß ein „Freund Israels" war, zum Freunde Arafats wird. Washington dagegen sollte nach dem, sei's auch nur vorübergehenden, Verlust seines wichtigen iranischen Geschäftspartners jetzt logischerweise noch mehr bestrebt sein, Ägypten und Saudiarabien auf seine Seite zu ziehen. Folglich mehr amerikanischer Druck auf Israel, Zugeständnisse zu machen. Aber die Außenpolitik einer imperialistischen herrschenden Klasse entspricht niemals einfach nur ihren langfristigen strategischen Interessen. Und die Reaktion der amerikanischen Rechten mit ihrer Frage: „Wer hat uns den Verlust Irans eingebrockt?" stärkt, jedenfalls zeitweilig, die prozionistische Lobby in den USA.

Auftrieb für den imperialistischen Chauvinismus in dem USA

Jimmy Carter hatte diesen Vertrag bitter nötig. Seine Unfähigkeit, nach all dem Wirbel in Camp David irgendein Übereinkommen zwischen Sadat und Begin zu erzielen, hatte dazu beigetragen, daß fast alle Richtungen der bürgerlichen politischen Öffentlichkeit seine Außenpolitik sehr scharf als unentschlossen, inkompetent und ohnmächtig kritisierten. Einer Meinungsumfrage zufolge hat sein Image bei der Bevölkerung beträchtlich gelitten, als er es auch noch fertigbrachte, sich sowohl den rechten Flügel als auch die Liberalen seiner eigenen Partei ebenso wie die konservativen Neandertaler der republikanischen Partei zu Gegnern zu machen. Diese Kritik wurde zum Sperrfeuer, als die Carter- Regierung hilflos zusehen mußte, wie Washingtons Gendarm Nr. 1 für die Bewachung der strategisch lebenswichtigen Ölzufuhr vom Persischen Golf, die iranische Monarchie, gestürzt wurde.

Man hatte geglaubt, daß Carter der kleinstädtische Geschäftsmann und „wiedergeborene" baptistische Sonntagsschullehrer sei, der Amerika nach Vietnam und Watergate moralisch wiederhochpäppeln und es damit den USA ermöglichen würde, erneut als führende, wenn auch nicht mehr als hegemonistische, imperialistische Macht in die Weltpolitik einzugreifen. Stattdessen steckt er selbst tief in Finanzskandalen (man spricht schon vom „peanoitgate") und versucht gleichzeitig die Possen seines Bruders, eines bigotten Alkoholikers, zu vertuschen. Carters Angriffe auf die Sozialleistungen, die dicke Erhöhung des Pentagon -Budgetsund seine

---

losesten Übergang zum Sozialismus zu sichern ... 14. ... Der Gang der Ereignisse und die Entwicklung des Klassenkampfes in der Revolution haben dazu geführt, daß die Losung ‚Alle Macht der Konstituierenden Versammlung4, die den Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution nicht Rechnung trägt, die die Sowjetmacht, die Beschlüsse des II. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des II. Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten usw. übergeht, daß diese Losung *in Wirklichkeit* zu einer Losung der Kadetten sowie der Kaledinleute und ihrer Helfershelfer geworden *ist...*

16. Aus der Gesamtheit der oben dargelegten Umstände ergibt sich, daß eine Konstituierende Versammlung, die auf Grund der Kandidatenlisten der Parteien einberufen wird, wie sie vor der proletarisch-bäuerlichen Revolution, zu einer Zeit bestanden, als die Bourgeoisie herrschte, unvermeidlich mit dem Willen und den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Klassen in Konflikt gerät, die am 25. Oktober die sozialistische Revolution gegen die Bourgeoisie begonnen haben. Natürlich stehen die Interessen dieser Revolution höher als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung ...

17. Jeder direkte oder indirekte Versuch, die Frage der Konstituierenden Versammlung vom formaljuristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkriegs zu betrachten, ist Verrat an der Sache des Proletariats, bedeutet Übergang zur Position der Bourgeoisie

Das ist das revolutionäre Programm, mit dem unsere Forderung nach einer *revolutionären* konstituierenden Versamm lung in Chile, Nicaragua und Peru verbunden ist; unsere Forderung nach einer souveränen, säkularen konstituierenden Versammlung in Iran; und unsere Weigerung, zur Verteidigung der Souveränität der portugiesischen konstituierenden Versammlung aufzurufen oder eine „revolutionäre konstituierende Versammlung" in Portugal im Juli/August 1975 zu propagieren. Es ist das Programm der marxistisch en Unabhängigkeit von allen Flügeln des Klassenfeindes und der kämpferischen Ergebenheit für die revolutionären Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten, geführt von der proletarischen kommunistischen Avantgarde.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 221,15. Dezember 1978

antisowjetische „Menschenrechtskampagne“ haben nur den Appetit solcher Reaktionäre der Republikanischen Partei angeregt wie Ronald Reagan, der Carter mit Neville Chamberlain in München verglich, oder Senator Baker aus Tennessee, der verlautbarte: „Mehr und mehr beginnt man zu glauben, daß Amerika sich zum Gespött macht und wir nie zurückschlagen ...“

Am 20. März antwortete Carter seinen Kritikern mit seiner Rede vor dem Technikum von Georgia, worin er versicherte: „Ich möchte wiederholen, daß wir unseren Freunden in Nahost, in Südostasien und anderswo auf der Welt beistehen werden.“ Verteidigungsminister Harold Brown hat es noch klarer gesagt, als er am 26. Februar in der Fernsehsendung „Face the Nation“ erklärte: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, ihre lebenswichtigen Interessen mit allen gebotenen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zu verteidigen, ob das nun im Nahen Osten oder woanders der Fall ist.“ Der ägyptisch-israelische Vertrag paßt in diese Perspektive hinein, aber mehr war nötig. Deshalb hat die Regierung in den letzten Wochen grünes Licht für eine überzeugende Demonstration der Stärke erteilt.

Um zu zeigen, daß die USA sich keineswegs zum „Gespött“ machen lassen, hat sich Carter ausgerechnet jenen Fleck Jemen ausgesucht, wo sich die Wüstenfüchse gute Nacht sagen. Der von Saudiarabien unterstützte Nordjemen war in einen lokalen Krieg mit Kräften verwickelt, die vom Süden her, von der prosowjetischen Volksdemokratischen Republik Jemen (der ehemaligen britischen Kronkolonie Aden), angriffen. Carter witterte die Chance, dem „sowjetischen Expansionismus entgegenzutreten“ und gleichzeitig seinen Saudi-Freunden einen Gefallen zu tun; er befahl den Flugzeugträger Constellation ins Arabische Meer und sandte – ohne den Kongreß zu fragen – Militärgüter im Werte von 360 Millionen Dollar sowie 200 und mehr amerikanisches Militärpersonal als „Ausbilder“ in den Nordjemen mit der Begründung, es habe sich um einen Notstand gehandelt.

Für fünf Milliarden Dollar kriegt man einen „Friedensvertrag ...

Man klopft den amerikanischen „multinationalen“ Rüstungskonzernen auf die Finger, wenn sie ausländische Regierungen bestechen, um Aufträge über Waffenlieferungen zu erhalten; die amerikanische Regierung hat aber keine solche Skrupel, ihren Vasallen in Kairo und Jerusalem einen Vertrag durch Bestechung abzupressen. Als Verteidigungsminister Brown im Februar Kairo besuchte, bot Sadat eifrig sich selbst als Polizist der USA für dieses Gebiet anstelle des Schah an. Als symbolische Geste entsandte er kürzlich als Ersatz für die abgezogenen iranischen Truppen 200 ägyptische Soldaten zum Sultanat Oman. Als Gegenleistung verlangte der ägyptische „Rais“ (Führer) ein kleines Bakschisch in Form einer ellenlangen Waffenliste, einschließlich 300 moderner F-16-Kampfflugzeuge, 600 Panzer, 2 000 gepanzerte Mannschaftswagen usw. Israelische Regierungsbeamte haben klargemacht, daß ein Abkommen, in dem sie auf den Sinai verzichten würden, ebenfalls sehr teuer kommen würde.

Mit der neuen Entwicklung in Nahost sind Ägypten wie Israel strategische Verbündete der USA, und zusammengenommen übersteigt ihre militärische Stärke die der von den Sowjets versorgten Syrer und Iraker. Seit dem Krieg von 1973 hat allein Israel 10 Milliarden Dollar in Form von Waffen von den USA erhalten; das ist mehr als das Sechsfache der *gesamten* amerikanischen Hilfe für den zionistischen Staat von seiner Geburt im Jahr 1948 bis 1967. Syrien und der Irak haben demgegenüber nicht mehr als die Hälfte dieses Betrages vom Kreml erhalten. Im Gegensatz zum strategischen Gleichgewicht in vergangenen Nahostkriegen übertrifft Israel heute die gesamte Streitmacht der Staaten der „Ablehnungsfront“ und ist in der Lage, sogar eine noch größere Armee aufzustellen. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Syrer (30 000 Mann ihrer Armee sind im Libanon gebunden) unmittelbar nach dem Abschluß des ägyptisch-israelischen „Friedensvertrages“ einen Angriff der Israelis befürchten. Washington würde das Fünf-Milliarden-Dollar-Paket liebend gern zu einem neuen antisowjetischen Militärbündnis in Nahost verknüpfen, nach dem Vorbild der schon seit langem nicht mehr funktionierenden CENTO - John Forster Dulles' totgeborenem Kind aus den fünfziger Jahren.

... aber ist dafür auch ein Bündnis zu haben?

Schon bei den ersten Schachzügen im gegenwärtigen Spiel um den „Nahostfrieden“ haben wir davor gewarnt: „Separatfrieden bedeutet weitere Kriege“. Durch einen ägyptisch-israelischen Vertrag würde der Rolle der USA als Schiedsrichter in diesem Gebiet eine wesentlich größere Bedeutung zukommen, und die Sowjetunion wie auch ihre Verbündeten würden somit in eine gefährliche Defensivposition gedrängt werden:

> „In einer solchen polarisierten Situation könnten die USA und die Sowjetunion Gefangene ihrer eigenen Klientelstaaten werden. In einem Krieg zwischen Israel und Syrien könnten die Russen, die von der Möglichkeit abgeschnitten sind, eine Rolle in einem allgemeinen Nahostfriedensabkommen zu spielen, sich gezwungen sehen, immer direkter zu intervenieren, um die Niederlage ihrer verbliebenen Verbündeten zu verhindern, wenn sie es vermeiden wollen, völlig aus diesem strategischen Gebiet vertrieben zu werden. Aber Washington wird eine direkte sowjetische Intervention gegen Israel nicht dulden. Viel eher als in den Kriegen von 1967 und 1973 könnte ein ägyptisch-israelischer Separatfrieden, gefolgt von einer

militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und Syrien, der Funke sein, der den Dritten Weltkrieg in Brand setzt" („War Danger Behind Cairo Peace Talks", *Workers Vanguarda,* 186, 23. Dezember 1977). Mit dem Sturz des Schah wurde diese Logik, die einem unter amerikanischen Vorzeichen zustande gekommenen Separatfrieden innewohnt, noch zwingender. Washington hält verzweifelt nach einer neuen Allianz Ausschau, um seine geschwächte Position in diesem Krisengebiet wieder zu stärken. Carter hofft, einen Block von Klientelstaaten der USA zu konsolidieren, nämlich Ägypten, Israel, Jordanien, Saudiarabien, Nordjemen und die Scheichtümer am Persischen Golf, dessen Hauptzielscheibe die Sowjetunion wäre.

Wird es dazu kommen? Die Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Vertrages hat Washingtons Beziehungen zu den Saudis und den von ihnen abhängigen Staaten beträchtlich kompliziert, die sich einem einmütigen Mandat der Arabischen Liga gegenüber sehen, einen Boykott von Wirtschafts- und Militärgütern gegen Ägypten durchzuführen. Die Saudis haben gesehen, daß die Unterstützung Israels durch Iran, einschließlich massiver amerikanischer Hilfe, nicht zur Langlebigkeit der Pahlewi-Dynastie beigetragen hat. Darüberhinaus stehen sie mit ihrem fanatischen islamischen Fundamentalismus Chomeini ideologisch näher als dem Schah; Arafat dagegen, zwar in der westlichen Presse als „radikal" eingestuft, wurde schon seit Jahren von Saudiarabien und den Ölscheichs finanziert. Wenn die Saudis ihr Unbehagen über einen Beitritt zur neuen antisowjetischen Allianz Carters durch zusätzliche Argumente untermauern wollen, brauchen sie sich nur die Geschichte ihres Vorgängers, der CENTO, anzuschauen. Die Opposition der Bevölkerung gegen den von den USA initiierten Bagdad-Pakt war einer der Anlässe, der die irakischen Massen 1958 auf die Straße trieb und König Feisal stürzte, der als Marionette der Imperialisten angesehen wurde. Bei der weiterhin zunehmenden Unzufriedenheit in der ägyptischen Arbeiterklasse, ist es ungewiß, ob Sadat nicht ein ähnliches Schicksal erleiden wird.

Die Palästinenser sind wieder die Betrogenen

Der Vertrag soll angeblich mit einem Zeitplan für die „Selbstverwaltung" der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten am Westufer und im Gazastreifen gekoppelt sein. In Wirklichkeit sind Sadat und Begin nur „guten Willens" übereingekommen, sich zu bemühen, Verhandlungen über eine „Autonomie" innerhalb eines Jahres abzuschließen, wobei die USA die ganze Sache beaufsichtigt und die Palästinenser – wie gewöhnlich – von den Verhandlungen ausgeschlossen sind. Die „Selbstverwaltung" ist jedenfalls nichts anderes als ein von Menachem Begin, dem ehemaligen Terroristen der Irgun und Massenmörder von Deir Jassin, ausgeheckter Hokuspokus.

Begins Programm ist eine nur schlecht verhüllte Aufforderung zur Zwangsumsiedlung der am Westufer lebenden arabischen Bevölkerung. Alles Land, das nicht in vorgeschriebener Form im Besitz von Palästinensern ist, würde sich der israelische Staat aneignen oder es an zionistische Siedler übergeben. Die israelische Armee würde das ganze Gebiet überwachen und eine arabische Polizei kontrollieren, deren Kompetenzen sich auf lokale Angelegenheiten beschränken. Dies ist es, was Begin mit der „Autonomie" von „Personen", nicht aber von „Territorien", meint. Während der abschließenden Verhandlungen wüteteten fanatische zionistische Siedler in Rumollah, einer Stadt am Westufer, und beschossen und verprügelten arabische Studenten; dies macht unmißverständlich klar, daß der israelisch-ägyptische Frieden weiterhin nur fortgesetzte Unterdrückung für die Palästinenser bedeutet.

Carters Besuch in Jerusalem und die Ankündigung des „Friedensvertrages" wurden von den Palästinensern am Westufer mit Massenprotesten beantwortet. Zwei arabische Jugendliche wurden von der israelischen Armee in Halhul ermordet; als Antwort darauf wurde in Rumollah der Generalstreik ausgerufen. Es sind aber nicht nur die unterdrückten Palästinenser, die jetzt in Bewegung geraten. Die vage Friedensstimmung, die nach dem Krieg von 1973 unter der israelischen Bevölkerung herrschte, ist zwar jetzt größtenteils vom Zusammenspiel zwischen Carter, Begin und Sadat eingefangen; die israelische Arbeiterklasse ist aber mittlerweile von der bisher schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des zionistischen Staates hart getroffen. Am gleichen Tag, als das Kabinett über den Vertragsentwurf debattierte, rief die Histadrut, Israels korporatistische Gewerkschaftsföderation, zu einem Generalstreik gegen steigende Preise und gegen die Streichung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel auf. Von insgesamt 1 250 000 Arbeitern traten eine Million in den Streik.

Obwohl die Streikforderungen rein ökonomische waren, sieht sich die hebräisch sprechende Arbeiterklasse Israels der gleichen zionistischen herrschenden Klasse gegenüber wie die Palästinenser am Westufer. Aber die israelischen Arbeiter werden nicht Seite an Seite mit ihren arabischen Klassenbrüdern kämpfen, um den zionistischen theokratischen Staat für eine „»Islamische Republik" einzutauschen, mit dem Chomeini-Anhänger Arafat an der Spitze und von saudiarabischer Mildtätigkeit subventioniert. Nötig ist eine arabisch-hebräische revolutionäre Arbeiterpartei, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen als auch des hebräischen Volkes anerkennt, die für Israels bedingungslosen und sofortigen Rückzug aus den besetzten Gebieten und für den Sturz des zionistischen Staates sowie der islamischen Herrscher kämpft, ob das nun demagogische nationalistische Oberste oder reaktionäre Scheichs sein mögen. Gemeinsam mit anderen trotzkistischen Parteien in den arabischen Staaten würde sie als Teil der wiedergeborenen Vierten Internationale für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpfen, den einzig möglichen Rahmen für einen gerechten und dauerhaften Frieden in diesem Gebiet.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 228, 30.März 1979

Kommunistische Korrespondenz



Nahost:

Carters fauler Friedenszauber

Am 26. März wurde auf einer Wiese vor dem Weißen Haus das ägyptisch-israelische kommen mit zeremoniellem Pomp unterzeic Carter nannte dieses Ereignis die größte Leistung seiner Regierung und erklärte feierlich: „Der Frieden ist da." Unser Kommentar: „Fauler Zauber."



Drei Friedensheuchler: Sadat, Carter, Begin

Dieses Abkommen ist ein Freibrief für weitere israelische Aggressionsakte gegen die benachbarten arabischen Staaten. Es „legalisiert", daß der israelische Staat den Palästinensern die Ausübung ihrer nationale weigert. Und es sieht eine beträchtliche Ausweitung des direkten militärischen Engagements des amerikanisc lismus im Nahen Osten vor.

Es bedeutet nicht Frieden für die Palästinenser. Es stellt dagegen eine noch größere Bedrohung für die Sowjetunion und ihre Verbündeten in diesem Gebiet dar. Es ist kein Vertrag für den Frieden, sondern eher Ansporn für weitere Kriege.

In diesem Vertrag kulminieren Anwar Sadats theatralische Pilgerfahrt nach Jerusalem im November 1977; der 12-tägige Marathongipfel in Camp David zwischen Menachem Begin, Sadat und Carter und schließlich Jimmy Carters hektische Reisediplomatie, die er Mitte März zwischen Kairo und Jerusalem entfaltet hat. Das ganze ist nichts anderes als der Separatfrieden, den Sadat niemals zu unterzeichnen feierlich gelobt hatte; im Klartext bedeutet er: noch mehr Krieg und nationale Unterdrückung für die arabischen wie für die hebräischen arbeitenden Massen.

Für Ägypten sehen die Verträge die Rückgabe der von Israel besetzten Sinai-Halbinsel in zwei Etappen über einen Zeitraum von drei Jahren vor. Israel bringen sie ein Ende des Kriegszustandes, volle diplomatische Beziehungen mit Kairo und das Recht, Öl vom Sinai zu beziehen. Carter konnte einen Gewinn an Publicity für sich verbuchen und die Basis für ein antisowjetisches Bündnis im Nahen Osten legen. Trotz all dem Gerede über eine „Verknüpfung" des Vertrages mit einer „Autonomie" am Westufer gibt es für die schon so lange leidenden Palästinenser nur die bittere Aussicht auf fortdauernde Unterdrückung durch die zionistische Herrschaft.

In der Hoffnung, die arabische Feindseligkeit gegen den Vertrag abzubauen, hat der ägyptische Premierminister Khalil Berichten zufolge behauptet, daß dessen Bestimmungen entsprechend Israel sich auf seine Grenzen vor 1967 zurückziehen und Ostjerusalem wieder unter arabische Kontrolle kommen würde. Aber schon am darauffolgenden Tag entlarvte Begin dieses Manöver, indem er in seiner Rede zur Eröffnung der Debatte über den Vertrag in der Knesset ganz kategorisch erklärte:

> „Dr. Khalil, Israel wird niemals zu den Grenzen vor 1967 zurückkehren. Zweitens, Dr. Khalil, merken Sie sich gut, was ich jetzt sage, ist das wiedervereinigte Jerusalem die ewige Hauptstadt Israels. Sie wird niemals wieder geteilt werden. Drittens, Dr. Khalil, wird es niemals einen palästinensischen Staat in Judäa, in Samaria und in Gaza geben" *(New York Times*, 21. März).

Die „Autonomie", so sagte der israelische Premierminister, beziehe sich nicht auf „Territorien" sondern nur auf „Personen". Judäa und Samaria sind die zionistischen Bezeichnungen für die „Territorien" am Westufer.

Die arabischen Staaten der „Ablehnungsfront" bezeichneten den Vertrag als „Pax Americana", womit sie sicherlich Recht haben. Oder, wie es der speichelleckende Sadat ausdrückt, um sich bei seinem neuen Herrn beliebt zu machen: „Jimmy Carter hat es geschafft. Diese Show gehört ihm." Der ägyptisch-israelische „Friedensvertrag" wurde nicht nur unter amerikanischen Auspizien ausgehandelt, sondern zeigt darüberhinaus an, daß eine massive Eskalation des amerikanischen Militärengagements im Nahen Osten droht. Milliarden Dollar Militärhilfe werden nach Ägypten und Israel fließen, und eine ständige amerikanische Präsenz (Militärbasen und Flotten) zum Schutz der „Ölnachschubwege" steht auf

Fortgesetzt auf Seite 17